

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl. mit Zustellgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl. vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Gerichts-Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 gr. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschiff u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Überleitung von Anzeigen läufig erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postkreditkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 11

Bromberg, Freitag, den 15. Januar 1937.

61. Jahrg.

Der französische Bluff.

Von Axel Schmidt.

Marokko ist über Nacht wieder in den Brennpunkt der europäischen Diskussion getreten. Der Aulaß dazu ist herzlich sensationell. Frankreichs Presse nämlich schlug plötzlich Lärm und behauptete, daß Deutschland, wie vor dem Weltkriege, Absichten auf Spanisch-Marokko hätte. Von der französischen Presse wurden von deutschen Truppenlandungen, von deutschen Kasernenbauten und Erzsäufungen in Spanisch-Marokko berichtet. All diese Tatennachrichten sind inzwischen von Berlin dementiert worden, aber der Pariser Vorstoß zielt offenbar nach London. Frankreich nämlich ist über den Vorschlag Edens, die Werbung Freiwilliger für Spanien durch alle neutralen Staaten verbieten zu lassen, verstimmt. Die Pariser Regierung denkt daher auch nicht daran, dem englischen Beispiel zu folgen und auch ihrerseits die Werbung für Spanien sofort zu verbieten. Sie will vielmehr erst ein allgemeines Abkommen abwarten. Inzwischen dürfen sich 50.000 französischen Freiwilligen in Spanien — nach der Meldung des "Echo de Paris" — noch einige weitere Tausend gefolgt sein.

Die Pariser Regierung aber scheint zu befürchten, daß über kurz oder lang dennoch eine Verständigung über die Freiwilligenfrage zustande kommen könnte. Bis dahin aber müßte für eine andauernde Unterstützung der Spanischen roten Regierung gesorgt werden. Nun ist es bekannt, daß Franco einen großen Teil seiner Truppen wie auch seines Nachschubs aus Spanisch-Marokko erhält. Somit geht das Bestreben Frankreichs dahin, den spanischen nationalen Generälen diese Duelle zu verschütten. Schon seit einiger Zeit wird gemeldet, daß französische Politiker den Plan erwägen, den nach der Insel Réunion verbannten Araberführer Abd el Krim wieder nach Französisch-Marokko zu entsenden und sein großes Ansehen bei der eingeborenen Bevölkerung dafür einzuspannen, diese von der Gesellschaft Francos abzusprengen. Abd el Krim, dessen Spanierhass nicht geringer geworden ist, darf, hat bereits erklärt, daß er bereit wäre, für die Interessen Frankreichs zu kämpfen, da er bei seinem Lebens nur einen Feind, nämlich Spanien, gekannt hätte.

Die Erregung in der französischen Presse über eine vermeintliche deutsche Feststellung in Marokko hat einzig den Zweck, das Misstrauen Englands zu erwecken. Fürs erste ist die öffentliche Meinung Englands jedoch ruhig geblieben. Sie erklärt, erst genauere Nachrichten abwarten zu müssen. Das ist natürlich, denn England kennt in der Tangerfrage nur einen Feind, nämlich Spanien, gekannt hätte.

Die Erregung in der französischen Presse über eine vermeintliche deutsche Feststellung in Marokko hat einzig den Zweck, das Misstrauen Englands zu erwecken. Fürs erste ist die öffentliche Meinung Englands jedoch ruhig geblieben. Sie erklärt, erst genauere Nachrichten abwarten zu müssen. Das ist natürlich, denn England kennt in der Tangerfrage nur einen Feind, nämlich Spanien, gekannt hätte.

Frankreichs jüngerer Presselärm zielt offenbar darauf ab, England wieder stärker für das rote Spanien zu interessieren. Man hatte in Paris augenscheinlich das Gefühl, das italienisch-englische Mittelmeerabkommen hätte England für eine Politik der Verhügung gewonnen. Denn es war der Verzicht Mussolinis auf die Balearen für Eden nur zu erzielen, wenn dieser seinerseits eine Feststellung der Bolschewisten in Katalonien als Störung des bisherigen Gleichgewichts im Mittelmeer ankannte. Diese wurde des Politik erschien durchaus nicht nach dem Herzen Blums, der mit allen Mitteln den Sieg der Roten in Spanien erachtet. Nur wenn Spanisch-Marokko in Gefahr geriete, in die Hände einer Großmacht zu fallen, würde England — so glaubte Paris — sich wieder energisch für die Belange des roten Spaniens interessieren.

Zu diesem Zweck wurde der Alarm wegen der vermeintlichen Feststellung Deutschlands in Spanisch-Marokko in Szene gesetzt. London hat diese Sensationsmeldungen recht misstrauisch aufgenommen. Man hat offenbar erkannt, daß von deutscher Seite keine Gefahr drohe, wohl aber die Möglichkeit bestünde, daß sich Frankreich infolge der äußerst verwiderten staatsrechtlichen Verhältnisse das Recht herausnehmen könnte, auch in Spanisch-Marokko nach dem Rechten zu sehen. Haben doch die Franzosen es seit jeher den Spaniern gestritten, daß diese ein Protektorat über Spanisch-Marokko besitzen. Nach der französischen Fiktion herrscht nämlich der Sultan von Marokko, den die Franzosen bekanntlich in ihren Schuß genommen haben, über ganz Marokko, also auch über die spanische Zone. Diese stellt somit nur einen den Spaniern unter gewissen Bedingungen eingeräumten Teil des französischen Protektorats dar. Zu diesem Zweck wirkt auch in der spanischen Zone ein Vertreter des Sultans zusammen mit einem spanischen Oberkommissar für die inneren Angelegenheiten, während die Außenpolitik dem Sultan, d. h. also Frankreich, für das gesamte Marokko untersteht.

So wenig England für eine Vorherrschaft Francos in Spanien übrig zu haben scheint, so dürfte ihm in Spanisch-Marokko dennoch eine Generalherrschaft lieber sein, als das Übergreifen des französischen Einflusses auf dieses Gebiet. Ebenso wie England in der Balearenfrage keinen Spuk verstanden hat und nicht ruhte, bis ihm Rom darin beruhigende

Zusicherungen gab, ebenso dürfte der englische Außenminister auch in der Frage um Spanisch-Marokko fest bleiben. Der französische Bluff mit der deutschen Gefahr hat sein Ziel verfehlt. Auch in Paris scheint man zu erkennen, daß man zu weit gegangen ist. Die anfänglich so groß aufgemachte Meldung, daß der französische Kriegsminister Doladier beabsichtigte, selbst nach Algier und Marokko zu gehen, um dort die notwendigen Maßnahmen gegen die „deutschen Machenschaften“ in Marokko zu treffen, wurde widerrufen. Man hat augenscheinlich inzwischen erkannt, daß es besser wäre, den Marokkofärm wieder ablingen zu lassen.

Diese Hebe gegen Deutschland hat wieder gezeigt, daß die Kräfte, die in Paris für eine Aussprache mit Deutschland eintreten, sich noch immer in der Minderheit befinden. Frankreich hätte sich sagen müssen, daß ein Auftreten der Marokkaner gegen Spanien, wie es aus den Plänen mit der Einbeziehung Abd el Krim's unverkennbar hervorgeht, eine in hohem Grade gefährliche Maßnahme darstellen würde. Gärt es doch schon sowieso in Algier, wo die Mohammedaner und die bis jetzt von Paris bevorzugten Juden in bitterer Fehde liegen. Vor allem aber zeigen die Unruhe in Alexandrette, daß die mohammedanische

Welt in Bewegung geraten ist. So unrichtig es wäre daraus eine religiöse Bewegung entnehmen zu wollen, so ist dennoch nicht zu übersehen, daß die Araber in all ihren Staaten Ägypten, Irak, Arabien, Palästina und Syrien das Bestreben zeigen, ihre politische Entwicklung ohne europäische Mithilfe in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Wie das Verlangen der Türkei nach Alexandrette ablaufen wird, ob die arabische Mehrheit in Syrien ein Statut nach Danziger Muster zugestehen wird, das alles ist nicht gewiß. Und nach der Verselbständigung Ägyptens sind die Bemühungen Ibn Sauds, alle arabischen Gebiete immer enger zusammenzufließen, durchaus ernst zu nehmen. Je mehr jedoch die panarabischen Bewegung forschreitet, umso stärkere Wellen wird sie auch bis nach Tunis, Algier und Marokko ziehen. Hier droht langsam, aber sicher, für Frankreich eine schwere Gefahr heran. Es wäre daher desto gefährlicher, wenn die Regierung Blum, um dem roten Spanien zu Hilfe zu eilen, einen Appell an die Freiheitssehnsucht der Marokkaner richten würde. Diese wird, sollte sie erst einmal entsacht sein, niemals an der Grenze von Französisch-Marokko halt machen. Der Deutschenhass hat augenscheinlich wieder einmal die Franzosen blind gemacht.

Die Aufgaben und die Arbeit der Danziger Polizei. Eine zusammenfassende neue Rechtsverordnung.

Danzig, 14. Januar.

Die Pressestelle des Senats übergibt uns folgende amtliche Mitteilung:

„Der Senat hat am 11. Januar eine Rechtsverordnung über die Polizei erlassen. Diese Rechtsverordnung tritt an die Stelle einer großen Zahl alter preußischer Gesetze, die nicht mehr zeitgemäß und in Preußen bereits durch das Polizeieverwaltungsgesetz vom Jahre 1931 aufgehoben worden sind. Die neue Rechtsverordnung bietet die Grundlage für die gelehrte Arbeit der Polizei, macht die Polizei wieder zu dem, was sie sein soll, nämlich zu einem Werkzeug der Staatsführung. Der Staat ist nach der heutigen Auffassung nicht mehr Selbstzweck, sondern nur die Organisation zur Erhaltung und Förderung der Volkgemeinschaft. Damit ist auch ohne weiteres die Aufgabe der Polizei bestimmt, nämlich den Schutz zu übertragen für die Volkgemeinschaft, die in ihr ruhenden Werte und den Staat. Aus dieser Aufgabenbestimmung folgt auch, ohne daß es vieler Einzelregelungen wie im preußischen Polizeiverwaltungsgesetz über den Polizeipflichtigen bedarf, wer von der Polizei in Anspruch zu nehmen ist.“ *

Soweit die amtliche Verlautbarung. Es handelt sich also hierbei vor allem um eine Kodifizierung des in Danzig gültigen Polizeirechtes, in der für den Fachmann und den Laien alles enthalten ist. Könnte sich bisher ein Laius überhaupt in den vielen verstreuten Bestimmungen zurechtfinden? Müßte nicht selbst der Fachmann und Rechtsverständiger fürchten, irgend ein Gesetz, eine Verordnung, einen Erlaß aus großer Vorzeit zu überleben? In Danzig wurden seinerzeit, als es Freie Stadt wurde, alle die preußischen Gesetze einfach übernommen, obwohl sie für einen viel größeren Staatskörper berechnet waren als Danzig und obwohl sie schon über ein Jahrhundert alt waren. Das älteste Gesetz stammte noch aus dem Jahre 1794, andere aus den Jahren 1842, 1850, 1883 usw. Wie vieles hat sich nicht grundlegend geändert! Da galt es überholtes ausmerzen und Lücken auszufüllen und vor

allem in allen Fragen Übersicht und Klarheit zu schaffen, die die besten Erfahrungen des Gesellschaftsverhältnisses besonders wünschenswert sind.

Das aber ist die Verbindung zwischen jenem ersten grundlegenden Gesetz, dem Allgemeinen Vandrecht vom Jahre 1794 und heute, daß der leitende Grundsatz in diesem Gesetz auch heute wieder maßgebend geworden ist: hinter dem Wohl der Allgemeinheit muß das Interesse des Einzelnen zurückspringen!

Es war nämlich im Laufe des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr verächtlich, es blieb nur der Schutz des Einzelnen gegen den „bösen Vater Staat“, der doch nur eine Organisation der Volkgemeinschaft und nicht Selbstzweck sein soll.

Gerichtsentscheidungen und gesetzliche Regelungen hatten auch der polizeilichen Wirksamkeit schließlich solche Schranken auferlegt, daß sie ihrer Aufgabe führender Ausdruck der Staatsautorität zu sein, gar nicht mehr gerecht werden konnte.

Die Basis für die neue gesetzliche Regelung ist: das Primäre ist das Volk. Der Staat ist eine Organisation der Volkgemeinschaft und Instrument des Staates in diesem Sinne ist die Polizei. Ihr Aufgabenkreis ist in der neuen Rechtsverordnung in seinen Grenzen klar umrisen.

Mit die wichtigste der neuen Bestimmungen ist wohl die, daß der Polizei nun die Möglichkeit gegeben ist, nicht nur gegen die vorausgehenden, die einen Konflikt auszutragen in der Öffentlichkeit, sondern auch gegen die, die ihn verursachen. Ein Beispiel: Fielen unzufriedene Arbeiter über einen Werkmeister her, den sie schuldig glaubten, weil sie unter unwürdigen und lebensgefährdenden Bedingungen arbeiten mußten und vielleicht nur auf die Drohung der Entlassung weiterarbeiteten — so könnte die Polizei bisher nur gegen die aufgebrachten Arbeiter vorgehen — künftig kann sie aber den wahrhaft Schuldigen im Hintergrunde in Anspruch nehmen, nämlich den asozialen Arbeitgeber, der pflichtwidrig die lebensgefährdenden Zustände in seinem Betriebe nicht abstellte.

Im Rahmen ihres Aufgabengebiets kann der verantwortliche Leiter der Polizei nach freiem Ermessen handeln, selbstverständlich nach pflichtmäßigem Ermessen. Er ist aber für sein Tun der Staatsführung verantwortlich.

Einen besonderen Schutz für den polizeilichen Zugriff genießen auch in den neuen Bestimmungen die persönliche Freiheit und die Unantastbarkeit der Heimstätte.

Gegen politische Entscheidungen gibt es keine Klagen, sondern nur den Beschwerdebeweg an den Senat, wie das schon in der Verordnung vom 16. 7. 1936 festgelegt war.

Auch der Unzug, daß jeder Zivilprozeß mit staatsrechtlichen Handlungen sich beschäftigen könnte, ist erfreulicherweise im Sinne der Rechtssicherheit beseitigt. Hat der Verwaltungssenat des Obergerichts, der allein dafür zuständig ist, die Rechtmäßigkeit einer solchen Handlung der Staatsführung nachgeprüft, dann kann eine neue Überprüfung in einem andern gerichtlichen Verfahren nicht mehr stattfinden.

Das ist im wesentlichen der Kern der neuen Rechtsverordnung, die, wie gesagt, überlebtes beiseite, um Goethes Forderung Raum zu geben, nämlich dem „Mehr, das mit uns geboren.“ *

Unwahre Gerüchte.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Die Meldung, daß Senator Dr. Wieruszski seinen Rücktritt eingereicht habe, ist unzutreffend. Mehrere polnische Zeitungen, die diese Falschmeldung verbreiteten, sind beschlagenahmt worden.

Das Hotel „Patria“ zu unruhig?

Aus Krynica notiert die polnische Presse das Gerücht, daß das holländische Königliche Paar aus dem Pensionat „Patria“ nach dem kleinen in Krynica gelegenen Schloß des Staatspräsidenten verzogen wird. Trotzdem sich die Gräfin und Graf Sternberg (unter diesem Namen ist das junge Paar dort eingetroffen) in der „Patria“ sehr wohl fühlen, so will man doch den hohen Gästen, abgesehen von den repräsentativen Rücksichten, eine größere Ruhe sichern, indem man sie von dem Hotel Leben fernhält. Nach einer weiteren Meldung soll auch Marshall Smigly-Rydz nach Krynica kommen, der augenscheinlich in Zakopane zur Erholung weilt.

Erinnerungsfeiern im Saarland.

Im ganzen Saarland fanden in den Nachmittags- und Abendstunden des 13. Januar aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Volksabstimmung Gedenkmärsche, politische Kundgebungen und Erinnerungsfeiern statt.

In Saarbrücken marschierten bereits in den Vormittagstunden die Angehörigen der Parteigliederungen und Verbände zu dem Befreiungsfeld, der Stätte, an der im Jahre 1934 die gewaltigen Zeltkundgebungen der Deutschen Front stattgefunden haben. Zum ersten Mal konnte nach der Befreiungstat eine Garnison der neuerrichteten deutschen Wehrmacht an dem Erinnerungsmarsch anlässlich des Jahrestages der Saarabstimmung teilnehmen. Eine Abteilung Schuhpolizei schloß sich an, dann folgten die einzelnen Gliederungen der Partei und die Verbände, angeführt vom stellvertretenden Gauleiter Leyser. Besondere Beachtung fand die Traditionsbteilung in der „Uniform“ der Deutschen Front, in schwarzen Hosen und weißen Hemden, der einzigen „Uniform“, die in der Zeit der Völkerbundherrschaft erlaubt war.

Gegen 16.30 Uhr trat die Wehrmacht auf dem Platz der Deutschen Front ein, dem Platz, auf dem am 1. März 1935 der Führer zu den Volksgenossen an der Saar sprach. Hier nahm Gauleiter Bürcel den Vorbeimarsch ab, während gleichzeitig eine prachtvolle Festesleutung am Rathaus und in der ganzen Stadt aufflammte.

Am Mittwochabend fand zur Erinnerung an den überwältigenden deutschen Wahlsieg bei der Saarabstimmung in Völklingen eine Großkundgebung statt, auf der die Industriegemeinde Völklingen zur Stadt erhoben wurde. Bei dieser Gelegenheit gab Gauleiter Bürcel in einer Rede ein eindrucksvolles Bild nationalsozialistischen Schaffens im Saarland. „Mit der Parole: Den Weg frei zur Verständigung! wurde von uns“, so erklärte Gauleiter Bürcel abschließend, „der Saarkampf geführt, und mit dem Glauben an Verständigung haben wir aufgebaut. Oder glaubt auch nur ein vernünftiger Mensch, daß wir vom Wahnsinn besessen wären und über 250 Millionen Mark zum Aufbau verwendet hätten, wenn wir von dem Kriegsgedanken besezt wären, wie sie uns heute wieder unterdrückt.“

Wir lassen uns von dem Glauben an den Frieden nicht abringen, weil uns das französische Volk immer noch als stärker erscheint, als der Moskauer Wille, dieses Volk und alle anderen in seinem Blutrausch ins Verderben zu stürzen.

Nichtendewollender Beifall dankte Gauleiter Bürcel für seine Ausführungen und spontan stimmten die Besucher die Nationalhymnen an, mit denen die erhebende Kundgebung ihren Ausklang fand.

An den Führer wurde folgendes Telegramm gesandt:

„Am zweiten Jahrestag der siegreichen Abstimmung der Saarheimat wurde die Industriegemeinde Völklingen zur Stadt erhoben. Die gesamte Bevölkerung Völklingens steht, wie bisher, in unverbrüchlicher Treue zu Ihnen und entbietet Ihnen herzliche Grüße. Sieg Heil!“

In gleichem Sinne wurde ein Telegramm an Reichsminister Frick gesandt.

Ohne Vertrauen

keine wirtschaftliche Gesundung.

Eden über außenpolitische Probleme.

Aus London wird gemeldet:

Außenminister Eden hielt vor der ausländischen Presse eine große Rede über die außenpolitischen Probleme. Er ging von der Erklärung aus, daß Ziel der britischen Außenpolitik müsse die Pflege der Beharrlichkeit und der Verständigung sein. Die Situation in Spanien gebe in der ganzen Welt weiter zu größter Besorgnis Anlaß. Jeder Versuch, dem spanischen Volk ein Regierungssystem anzufügen, sei nach der demokratischen Auffassung Englands unbedingt. Daher habe England jede fremde Einmischung zu verhindern versucht und werde dies auch in Zukunft tun.

Eine der heängigsten Tendenzen in der internationalen Lage des vergangenen Jahres sei die gewesen, Europa entsprechend den zwei politischen Doktrinen in zwei entgegengesetzte Lager zu teilen. Im Namen der ganzen englisch sprechenden Welt müsse er das volle moralische und politische Gewicht Englands gegen eine derartige Doktrin der Ausschließlichkeit in die Waagschale werfen. In England traue man der parlamentarischen Demokratie und stelle die ganze Macht hinter sie, weil man sie für ein praktisches System halte. In seinen weiteren Ausführungen verschärfte Eden, es sei nicht wahr, daß Großbritannien sich einem Lande zuwende und dem anderen den Rücken kehre. England wünsche vielmehr, den Kreis seiner Freunde und Mitarbeiter so weit und umfassend wie möglich zu gestalten. Mit besonderem Nachdruck erklärte der Außenminister, nicht einen Konflikt wolle man, wohl aber die Zusammenarbeit.

Eden zitierte dann wörtlich einige Abschnitte aus der Neujahrsbotschaft des Führers und betonte, daß die Englisches Regierung die Sätze des Führers warm begrüßte, in denen dieser sich für eine Verständigung und Versöhnung unter den Nationen einsetze, durch die allein die wirtschaftlichen Grundlagen, das Blühen und der Fortschritt der Menschheit gesichert werden könnten. Dieser Aufgabe, so sagte Eden, müsse man sich in diesem Jahre widmen. Soweit England in Frage käme, könne er versichern, daß es sich mit ernstem Bemühen dieser Aufgabe unterziehen werde.

Das könnte aber nur in der politischen und wirtschaftlichen Sphäre erreicht werden, da die eine die andere beeinflusste. Solange kein politisches Vertrauen herrsche, gäbe es keine wirtschaftliche Gesundung in Europa. Wirtschaftliches Unglück aber sei eine Gefahr für den Frieden. Alle Friedensfreunde müßten daher auch das wirtschaftliche Elend zu beheben wünschen. Die britischen Rüstungen, die den nationalen Wohlstand belasteten, seien aufgezogenen. Es gäbe aber einen besseren Weg. England zöge Butter nun einmal den Geschützen vor.

Es sei bereit, sein Bestes auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der europäischen Befriedung zu tun. Er wolle auch bemüht sein zu helfen, daß andere auch Butter haben in einer Welt, die keine Kanonen brauche. Im Jahre 1937 müßten die Nationen einen großen Schritt vorwärts tun. Es möge eine Zeit gegeben haben, in der Nationen unabhängig und selbstvergängt gewesen seien, diese Zeit sei aber vorüber.

Nationaler Angriff auf Valencia.

Beschießung der Hafenanlagen.

Vom Sonderberichterstatter des Deutschen Nachrichten-Bureaus wird aus Salamanca gemeldet:

In der Nacht zum Mittwoch erfolgte von der See aus ein Angriff auf das rote Valencia. Die nationalen Kriegsschiffe beschossen den Hafen und den am Meer gelegenen Stadtteil 20 Minuten lang und richteten besonders in den Hafenanlagen großen Schaden an. Der Rundfunkender Valencia war gezwungen, seinen Sendebetrieb zu unterbrechen und meldete sich danach mit der Feststellung, daß die „Rebellen“ abgezogen und die Gefahr vorüber sei. Das rote Handelschiff „Leerameandi“ erhielt einen Volltreffer und blieb in der Hafenmitte manövrierunfähig liegen. Das rote Kriegsschiff „Ciudad Mahon“ verließ den Hafen, um eine „Jagd auf faschistische Angreifer“ zu machen, wurde aber plötzlich umzingelt und konnte nur mit Mühe wieder in den Hafen einkommen.

Bei Taragona lief das rote Schiff „Cabo Martin“ auf Minen; der durch die Explosion angerichtete Schaden ist so bedeutend, daß eine Wiederherstellung als ausgeschlossen gilt.

Nationale Flieger wurden erfolgreich bei Santander eingesetzt, und dadurch die kommunistischen Stellungen versprengt. Auch an der Teruel-Front fanden Luftkämpfe statt, bei denen ein roter Flieger abstürzte.

200 Brandbomben auf Malaga.

Aus Gibraltar wird gemeldet:

Sieben nationale Bombenflugzeuge griffen am Dienstagabend die rote Hafenstadt Malaga an und warfen über 200 Brandbomben auf militärisch wichtige Punkte des Stadtgebiets ab. Gleichzeitig nahmen zwei Flieger der Nationalisten die Hafenspeicher und Küstenbefestigungen unter Feuer, wobei etwa 200 Granaten explodierten. Durch das schwere Bombardement wurden zahllose Brände entfacht, die den Nachthimmel weithin erleuchteten. Über 300 Bolschewisten wurden bei dem Luft- und Seeangriff getötet und über 1000 verletzt. Am gleichen Tage wurde auch Valencia, die „Hauptstadt“ der bolschewistischen Machthaber, von einem nationalen Luftgeschwader erfolgreich bombardiert. Der sogenannte „Regierungspalast“ der Roten wurde von mehreren großen Bomben getroffen. Auch in den Hafenanlagen wurden große Verstörungen verursacht. Der Angriff auf Malaga hat augenscheinlich das Signal zu einer Großoffensive der nationalen Truppen gegeben, die jetzt von Estepona aus gegen die noch in der Hand der Bolschewisten befindliche Hafenstadt vorgegragen wird.

Goldraub wird untersucht.

Der Richter in mischungsausschuß wird sich, wie „Evening Standard“ berichtet, nun auch mit der Verschreibung des Goldes der Bank von Spanien durch die Roten beschäftigen. Sowjetrußland hat dagegen Protest erhoben, daß eine „internationale Kontrolle“ über dieses Gold stattfinden soll. Die Höhe des von den Bolschewisten dem spanischen Volk geraubten und ins Ausland verschobenen Goldes wird auf etwa 80 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Grundsätzliche Zustimmung Portugals.

Die Portugiesische Regierung hat am Mittwochabend ihre Antwort auf das britische Memorandum vom 11. Januar über die Mischung in Spanien veröffentlicht. Darin wird der britischen Note über die Entsendung von Freiwilligen nach Spanien grundsätzlich zugestimmt. Die Portugiesische Regierung erklärt sich bereit, die gleichen Maßnahmen zu treffen wie die anderen Staaten, sofern diese Maßnahmen auf das strengste durchgeführt werden. Portugal würde auch die Durchreise durch portugiesisches Hoheitsgebiet verbieten. Grundbedingung sei jedoch, daß die getroffenen Maßnahmen von allen Staaten, die im Mischungsausschuß vertreten sind, durchgeführt werden.

Schließung der Wilnaer Universität.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Wilna:

In einer Sitzung des Senats der Batory-Universität, die am 12. Januar stattfand, hat der Rektor, Professor Jakowitski, festgestellt, daß die Verständigungsbaktion keine positiven Ergebnisse gezeigt habe. Im Anschluß hieran legte Professor Jakowitski die Würde des Rektors der Wilnaer Universität nieder. Dasselbe tat der Prorektor, Professor Patkowski, der ebenfalls zurücktrat. Der Rücktritt des Rektors und Prorektors wurde vom Senat angenommen, worauf sich dieser mit dem Kultusminister ins Einvernehmen setzte.

In Beantwortung der Erklärung des Senats hat der Kultusminister die Schließung der Universität angeordnet. Die polnische Presse nimmt an, daß die Schließung für die Dauer des gegenwärtigen Schuljahres erfolgt ist.

Der „kleine Grenzverkehr“ an der oberschlesischen Grenze.

Wie die „Polska Zachodnia“, das Organ des Wojewoden Grajewski, berichtet, werden mit dem Ablauf der Genser Konvention über Oberschlesien am 15. Juli d. J. die bisher ausgestellten Verkehrskarten ihre Gültigkeit verlieren und an ihrer Stelle werden einmalige oder Jahres-Grenzübergangs-karten, wie sie im Kleinen Grenzverkehr üblich sind, eingeführt werden.

Wie versaut, soll bei den jetzt zwischen Polen und Deutschland geführten Handelsverhandlungen auch die Frage des Kleinen Grenzverkehrs an der oberschlesischen Grenze geregelt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der bisherige Verkehr, der sich auch auf die Städte Kattowitz und Gleiwitz erstreckte, die mehr als 10 Kilometer von der Grenze entfernt sind, eine starke Einschränkung erfahren wird, unter der besonders die Angehörigen der deutschen Minderheit zu leiden haben werden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 14. Januar 1936.

Kratau — 2,66 (+ 2,50), Jawidost + 1,80 (+ 1,92), Warschau + 1,60 (+ 1,94), Bielitz + 1,46 (+ 1,52), Thorn + 1,75 (+ 1,89), Gorodz + 1,79 (+ 1,92), Culm + 1,87 (+ 1,86), Graudenz + 1,95 (+ 2,03), Kurzegrat + 2,10 (+ 2,09), Riebel + 1,60 (+ 1,59), Dirschau + 1,66 (+ 1,52), Eimagine + 2,48 (+ 2,58), Schlesienhorst + 2,58 (+ 2,78). (In Klammern die Meldung des Portales.)

Juden-Money

nimm falls

Knorr Hofkaffee

Das ist gesund!

Ungewißheit in der Sandschak-Frage.

Der türkische Außenminister Dr. Aras empfing am Dienstag ausländische Pressevertreter aus Ankara und Istanbul. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der Außenminister über die gegenwärtige Lage in der Sandschak-Frage wie folgt:

Die Türkei habe jetzt in Paris ihre letzten Vorschläge überreichen lassen und habe die feste Zuversicht, daß Ministerpräsident Blum die Frage eingehend prüfen und auch richtig sehen werde. Ob es ihm freilich gelingen werde, auch richtig zu handeln, müssen hente noch dahingestellt bleiben.

Die Lage sei völlig ungewiß.

Sie werde erschwert dadurch, daß die Sandschak-Frage für die Türkei eine Frage des Lebens und der Ehre der Nation, für Frankreich aber nichts anderes als eine Rechtsfrage sei. Die Türkei habe bei ihren Forderungen stets aus eigenem Antrieb gehandelt und brauche keine fremden Einflüsterungen um so beharrlich zu sein, wie sie jetzt in diesem Falle sei. Was die Türkische Regierung in der Angelegenheit der Öffentlichkeit mitzuteilen gehabt habe, sei in amtlicher und halbamtlicher Weise geschehen.

Der Außenminister schloß seine Ausführungen mit der Mitteilung, daß er bereits am Mittwoch auf dem Wege nach Genf die türkische Hauptstadt verlassen wird. Er sehe keinen Anlaß, vorher nach Paris zu reisen. Er scheide aber in der festen Hoffnung, daß eine befriedigende Lösung gefunden werde, nachdem man in Paris die Lage nunmehr richtig einzuschätzen gelernt habe.

Güdasrila wehrt sich

gegen die jüdische Einwanderung.

Wie aus Kapstadt berichtet wird, brachte der Führer der nationalsozialistischen Opposition, Dr. Malan, im Parlament den Antrag ein, die jüdische Einwanderung nach Südafrika zu beschränken. In dem Antrag wird die Regierung dafür auf das schärfste getadelt, daß sie bisher keine Maßnahmen getroffen habe, um die Einwanderung von Juden, insbesondere sogenannten deutschen Emigranten, zu verhindern. Der Antrag verlangt schließlich, daß jiddisch nicht mehr als europäische Sprache anerkannt werde, daß einwandernde Personen ihren wirklichen Namen angeben müßten, und daß Ausländer nur mit Genehmigung der Regierung einen Vertrag in Südafrika ausüben dürfen.

Malan protestiert weiter auf das schärfste dagegen, daß Juden ungehindert aus aller Welt nach Südafrika einströmen. Die Privilegien, die man der jiddischen Sprache gewährt, würden als eine Einladung angesehen, nach Südafrika zu kommen. Südafrika werde so zu einem jiddischen Jagdgrund. In Südafrika ginge der Handel immer mehr in die Hände einer jüdischen Minderheit über, während ein großer Teil der auf dem Lande tätigen Bevölkerung nicht in der Lage sei, sich zu ernähren. Ein Beweis dafür, daß die Juden ein Sondervolk seien, das sich nicht assimiliere, seien die gegen Deutschland gerichteten Boykottversuche.

Deutsches Reich.

Neuer Polizeipräsident von Hamburg.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Ministerialdirigent im Reichsministerium des Innern, Hans Kehrl, ist zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Hamburg ernannt worden. Polizeipräsident Kehrl war unter der Nationalsozialistischen Regierung Dr. Fricks in Thüringen Polizeioffizier und wurde von dem damaligen thüringischen Innenminister Dr. Frick zu einem der ersten nationalsozialistischen Polizeidirektoren ernannt. Im Jahre 1934 wurde er von der Nationalsozialistischen Thüringischen Regierung mit der Leitung der Polizeiabteilung des thüringischen Innenministeriums betraut. Seit 1934 war der heutige Polizeipräsident von Hamburg als Leiter der Unterabteilung III B im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern tätig.

Auszeichnung Görings.

Wie die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz mitteilte, wurde Ministerpräsident Generaloberst Göring zu seinem Geburtstage ein Geschenk zuteil, das ihn als alten SA-Führer besonders anszeichnet: der Oberste SA-Führer hat ihn zum Chef der SA-Wachstandarte „Feldherrnhalle“ ernannt.

Am Dienstagabend verließ Ministerpräsident Göring nebst Gemahlin mit dem fahrplanmäßigen Zuge die Reichshauptstadt, um die angekündigte Urlaubsreise nach Italien anzutreten.

Die Gemahlin des lettischen Gesandten gestorben.

Die Gemahlin des lettischen Gesandten in Berlin, Frau Celmins, ist nach kurzer Krankheit dort verstorben; die Beerdigung findet in Riga statt. Der Führer und Reichskanzler hat dem Gesandten Celmins seine aufrichtigste Teilnahme zu dem schweren Verlust übermittelt.

Herriot wieder Kammerpräsident.

In der französischen Kammer, die am Dienstag wieder zusammengetreten ist, wurden das Kammerpräsidium und die Beisitzer gewählt. Aus der Wahl des Kammerpräsidenten ging Édouard Herriot mit 384 Stimmen als wiedergewählt hervor. Bei seiner ersten Wahl im Juni 1936 hatte er 377 Stimmen erhalten.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Abgeordneter Albert Paulin (Sozialist) mit 340 Stimmen; Hippolyte Duclos (Radikalsozialist) mit 335 Stimmen; Abgeordneter Ferdinand Mirrin (Sozialist) mit 326 Stimmen; Jacques Duclos (Kommunist) mit 295 Stimmen; Léon Baréty (Linksrepublikaner) mit 211 Stimmen und als sechster Vizepräsident Edouard Soulier (Republikanische Vereinigung) mit 191 Stimmen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeföhrt.

Bromberg, 14. Januar.

Noch ziemlich kalt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet noch ziemlich kaltes, meist stark bedecktes Wetter mit strichweisen Niederschlägen an.

Sein 50-jähriges Doktor-Jubiläum

kann am heutigen Tage Sanitätsrat Dr. Dies begehen. Aus diesem Anlaß wurde dem weit über Brombergs Grenzen hinaus bekannten Arzt das goldene Doktor-Diplom der Universität Erlangen überreicht.

Eine gefährliche Einbrecherbande

hatte sich vor der verstärkten Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Angeklagt sind der 25jährige Schmid Jan Andrzejak, der 29jährige Landarbeiter Sylvester Rosenberg und der 29jährige Arbeiter Antoni Mikula, alle drei im Kreise Wongrowitz wohnhaft. Außerdem hatten auf der Anklagebank Platz genommen die 25jährige Landwirtstochter Stefania Kmit aus Swiniary, Kreis Gnezen, sowie die 21jährige Therese Rosenberg, eine Schwester des Angeklagten R. Den drei Erstgenannten legt die Anklagechrift zur Last, daß sie in der Nacht zum 20. Juli v. J. bei dem Landwirt Gödeker in Goncz, Kreis Bnin, einen Einbruch verübt und von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hatten. Die Kmit und die Rosenberg werden beschuldigt, die Festnahme der drei Einbrecher dadurch erschwert zu haben, daß sie diese vor der Polizei verborgen hielten.

Der Tatbestand dieses Prozesses, der reich an interessanten und spannenden Momenten ist, ist folgender: Die beiden Töchter des Landwirts Gödeker bewohnten in der ersten Etage im Hause ihrer Eltern gemeinsam ein Zimmer. In der genannten Nacht erwachte die eine der Schwestern von einem Geräusch im Zimmer. Sie rief ihre Schwester, die nun gleichfalls erwachte. Beide Mädchen bemerkten zu ihrem Schrecken einen Eindringling im Zimmer, der sich lautlos nach dem offenen Fenster zurückzog und durch dieses mit einem Schuß auf das unter dem Fenster befindliche Dach eines Vorhauses sprang. Als sie um Hilfe rufend an das Fenster eilten, gab der Einbrecher in Richtung der beiden jungen Mädchen zwei Schüsse ab, die zum Glück fehlgingen. Inzwischen waren durch die Hilferufe der Landwirt sowie die Nachbarn erwacht. Einige beherzte junge Männer nahmen die Verfolgung des flüchtenden Einbrechers auf, zu dem sich noch zwei Komplizen hinzugesellt hatten, die in die unteren Räume eingedrungen waren. Unterwegs warfen die Spitzbuben ihre Beute, zwei mit Federn und Kleidungsstücken angefüllte Säcke von sich. Der Anführer der Bande feuerte auf die Verfolger noch weitere vier Schüsse ab. Während es der Polizei gelang, Andrzejak schon am nächsten Tage als einen der Täter zu ermitteln und festzunehmen, gelang die Festnahme des Rosenberg erst nach einer Woche. Seine Braut, die Stefania Kmit, hatte ihn in einem Holzverschlag auf dem Boden der Scheune verborgen gehalten. Später wurde auch Mikula festgenommen.

Die Angeklagten leugnen hartnäckig trotz der belastenden Beweise, den Einbruch verübt zu haben. Auch die Kmit und die Rosenberg, die zuerst in der Voruntersuchung leugneten, dann später jedoch vor dem Untersuchungsrichter ein umfassendes Geständnis ablegten und die drei Hauptangeklagten als die Täter des Einbruchs bezeichneten, ziehen jetzt ihr Geständnis zurück. Der Angeklagte Rosenberg hatte aus der Zelle des Untersuchungsgefängnisses in Bnin seiner Braut seitenslange Briefe, sogenannte "Grips", zugeschmuggelt und ihr darin genaue Anweisungen gegeben, wie sie und seine Schwester sich vor Gericht zu verhalten haben. In den Briefen nannte er sich und die Mitangeklagten als die Täter des Einbruchs bei dem Landwirt G. und gab an, daß Andrzejak von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hatte. Außerdem hatte R. den Versuch unternommen, aus dem Gefängnis auszubrechen. Der Vater der Angeklagten Kmit, bei dem die drei Hauptangeklagten gearbeitet hatten, belastet diese gleichfalls sehr stark.

Nach durchgefahrteter Beweisaufnahme erkannte das Gericht sämtliche Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Vergehen für schuldig und verurteilte sie zu folgenden Strafen: Andrzejak 3½ Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren, Rosenberg zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis und Mikula zu einem Jahr Gefängnis. Die beiden weiblichen Angeklagten erhielten je drei Monate Arrest.

S Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum konnte am Dienstag Kaufmann Paul Hammer begehen. Herr Hammer, ein gebürtiger Bromberger, gehört als Mitglied dem Verein junger Kaufleute und dem Wirtschaftsverband städtischer Berufe an. Aus Anlaß seines Jubiläums wurden ihm von den durch ihn vertretenen Firmen sowie von seinen Freunden und Bekannten zahlreiche Glückwünsche über sandt.

S Der Freundinnenverein hielt am letzten Montag die Jahresversammlung im neuen Vereinsjahr ab. Nach einem Choral und herzlicher Begrüßung durch die erste Vorsitzende wurde über die Tätigkeit des Vereins im Jahre 1936 ausführlich Bericht erstattet. Außer den monatlichen Zusammenkünften, die durch Musik, Vorträge, Tänze usw. ausgestaltet waren, fanden im Sommer mehrere Ausflüge statt. In besonderer Weise betätigten sich der Verein in der Arbeit zum Weihnachtsfest. Außer Spenden in Geld wurden abgegeben an die Deutsche Not hilfe, die verschiedenen Kinderheime, die Schule in Okole; fünf große Bezüge, zehn kleine Bezüge, fünf wollene Laken, sieben wollene Kinderkleider, sieben Paar wollene Unterhosen, 25 Flanellhemden, 25 Paar wollene Strümpfe, 12 Paar Pulswärmer, acht Garnituren Schal und Mütze. Dazu konnte ein Bentner an Päckchen zur Verteilung kommen. Darauf wurde der Kassenbericht vorgelesen und der Gesamtvorstand neu gewählt. Nach dem offiziellen Teil folgten einige Vorträge.

S Kino Kristall. Der Jan-Kiepura-Film, der jetzt im Kino Kristall über die Leinwand geht, ist ein Erzeugnis der Wiener Tobis-Gesellschaft. Es ist selbstverständlich, daß der Inhalt darauf abzielt, den Aufstieg eines "kleinen Mannes" zum großen Sänger zu zeigen, bei welchem Zuhörern und weiblichen Gönnern eine Rolle spielen. Wenn diese

Gönnern durch ausgezeichnete Darsteller wie Luli von Hohenberg, Friedl Čapek und Theo Lingen verkörpert werden, dann ist es offensichtlich, daß es ein guter Unterhaltungsfilm wird, in welchem sich Jan Kiepura in größeren und kleineren Gesangsrollen als Sänger hervorheben kann.

S In selbstmörderischer Absicht in den Kanal in der Nähe der Schlesienstraße gestürzt hat sich die 35jährige Ehefrau Jadwiga Molik aus der Berl. Rinkauerstraße (Szczecinska) 10. Der gerade vorübergehende Gracjan Weiß, Bielany 6, beobachtete dies, er sprang der Lebensmüden in das Wasser nach und brachte sie an das Ufer. Der Grund zu dieser Tat ist nicht bekannt. Die Lebensmüde wurde nach Hause gebracht.

S Blutige Schlägereien. Am Dienstag abend kam es in der Bahnhofstraße in der Nähe des Hauptbahnhofs zwischen einem Soldaten der Fliegerstation und drei Zivilpersonen zu einem Streit, der bald in eine Schlägerei überging. Der aus Thorn stammende Soldat Włodzimierz Skoczeki, Thornerstraße 58, und den 30jährigen Franciszek Witwicki, Bahnhofstraße 53. Witwicki erhielt einen schweren Schlag ins Gesicht, daß ihm der Nasenknochen zertrümmert wurde. Die dritte Zivilperson entstieß. Die beiden Verletzten mußten sich in die Behandlung des Rettungsbereitschaftsarztes begeben. Der Soldat wurde von der Militärgendarmerie verhaftet.

S Gestohlene und gesundene Gegenstände. Im zweiten Kommissariat in der Boymstraße (Wilenska) 6 befindet sich ein Herrenfahrrad Markt "Hudson", das anscheinend von einem Diebstahl herrührt. Im gleichen Kommissariat ist ein Bund Spezialchlüssel abgeliefert worden und ebenso ein Trauring mit dem Monogramm F. L. 1931. Die Eigentümer können sich in den Amtsständen zur Entgegennahme dieser Gegenstände melden.

S Schlecht gelohnt hatte der 26jährige Arbeiter Erich Korbal, wohnhaft in Nakel, ein ihm gewährtes Nachtlager. Der Kaufmann Juterlein in Nakel, Inhaber eines Manufakturwarengeschäfts, bei dem K. zeitweise beschäftigt war, gestattete es ihm in seiner Wohnung zu übernachten. Als alles schließt, stand er auf, schlief sich in das an die Wohnung angrenzende Geschäftskontor, packte dort ein Paket mit Leinen und anderen Stoffen zusammen und versteckte es im Garten. Nach dieser nächtlichen Tätigkeit kehrte er wieder in die Wohnung zurück und legte sich schlafen. Der Diebstahl wurde jedoch bald darauf entdeckt, und da einige Zeugen den K. beim Fortschaffen des Pakets am nächsten Tage beobachtet hatten, erstattete der Kaufmann gegen ihn Anzeige. Jetzt hatte sich K. vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten, das ihn zu zehn Monaten Gefängnis verurteilte.

S Ein dreister Ladendieb gelangte vor der verstärkten Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zur Verhandlung. Zu verantworten hatten sich der 34jährige Arbeiter Maksymilian Gestwinski und seine Geliebte, die 25jährige Włodzimiera Drążek, beide hier wohnhaft. Gestwinski, ein rücksäßiger, unverbesserlicher Dieb, der bereits zwölftmal vorbestraft ist, wurde aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht zur Verhandlung vorgeführt. Am 5. Oktober v. J. hatte der Angeklagte zusammen mit seiner Geliebten das Wollwarengeschäft von Frau Jadwiga Bunkowska, Elisabethstraße (Sniadeckich) 2, aufgesucht, unter dem Vorwand, wollene Unterwäsche und Pullover kaufen zu wollen. Die im Geschäft anwesende Verkäuferin Józefa Skoczyńska legte den beiden die gewünschten Waren zur Auswahl vor. Das saubere Paar konnte sich jedoch längere Zeit zu einem Kauf nicht entschließen und wollte das Geschäft verlassen. In diesem Augenblick bemerkte die Verkäuferin, wie G. einen Pullover verschwinden ließ. Sie eilte sofort hinter dem Ladentisch hervor und stellte sich vor die Tür, um den Spitzbuben am Entkommen zu hindern. G. packte sie jedoch an die Kehle und begann sie zu würgen, so daß sie gezwungen war, den Ausgang frei zu geben. Eine zweite Verkäuferin, die ihren Kollegin zur Hilfe geeilt war, erhielt von der D. eine Ohrfeige. Auf die Hilferufe der jungen Mädchen nahmen Strassenpassanten die Verfolgung der flüchtenden Diebe auf. Einem Kaufmann gelang es mit vorgehaltenem Revolver den G. festzunehmen. Dieser hatte zwar in der Voruntersuchung den Diebstahl zu gegeben, jedoch sich dadurch herauszureden versucht, daß er erklärte, zeitweise an vorübergehenden Geistesstörungen zu leiden. In solchen Zuständen handle er wie unter einem Zwang und sei sich seiner Handlungsweise nicht bewußt. Das ärztliche Gutachten ergab jedoch, daß der Angeklagte völlig normal und geistig gesund sei, so daß er jetzt vor Gericht seine Behauptung an Geistesgestörtheit zu leiden, nicht mehr aufrecht erhält, sondern sich zur Schuld bekannte und um eine milde Strafe bittet. Das Gericht verurteilte ihn zu 1½ Jahren, die D. die gleichfalls mehrmals vorbestraft ist, zu einem Jahr Gefängnis.

S Ein betrügerischer "Rechtskonkurrent". In den letzten Tagen besuchte ein Mann namens Josef Muszczynski hiesige Personen und gab sich als Inhaber eines Rechtsbüros aus. Er erbot sich, Anträge, Klagen und Schriftstücke an Behörden auszuführen. U. a. erschien er bei der Frau Stanisława Wrzeszczyńska, Kujawierstraße (Kujawská) 21, und erhielt hier den Auftrag, einen Antrag anzufertigen. Er nahm von der Frau für Antrag und Kosten eine Anzahlung von 19,70 Złoty. Als die Frau zu der ihr angegebenen Adresse kam, und Muszczynski mahnte, den Auftrag auszuführen, gestand er schließlich, daß Geld für eigene Zwecke ausgegeben zu haben. Die Frau meldete den Vorfall der Polizei, worauf M. flüchtete. Er konnte aber verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert werden.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Männerturnverein Bromberg. Heute, Donnerstag, d. 14. d. M., Mitgliederversammlung im Kino Vortrag Dr. Staemmler: "Das Wunder des Lebens".

S Friedingen (Mirowice), 14. Januar. Am vergangenen Sonntag fand die diesjährige Generalversammlung des Großpolnischen Umkervereins, Ortsgruppe Friedingen, statt, welche gut besucht war. Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden Lehrer Bechtloff. Nachdem der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1936 bekanntgegeben hatte, erstattete der Kassierer Landwirt Menz den Kassenbericht, worauf Besitzer Schuchardt im Namen der Kassenprüfungskommission

die Entlastung beantragte. Dem Antrag wurde einstimmig stattgegeben. Da die Wahlperiode des gesamten Vorstandes abließ, wurde unter Leitung des Besitzers Schnormeier zur Wahl geschritten und der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

S Nowroclaw, 12. Januar. In einer der letzten Nächte drangen unbekannte Täter in die Kolonialwarenhandlung Glowacki, Wikaryjska 19, ein und entwendeten Waren im Gesamtwert von 400 Złoty.

Bor der Außenabteilung des Bezirksgerichts wurde der Landwirt Kołodziejki aus Lipionka zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt; weil er im Streit seinen Nachbar Olzewski durch Messerstiche schwer verletzt hatte. Von demselben Gericht wurde der Gefangnisinsasse Wiktor Moch zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Fluchtversuch unternommen hatte.

S Labischin (Labiszyn), 14. Januar. Nachts in der Nacht zum Sonntag wurde bei dem Klempner Sally Silberstein in Labischin die verschlossene Stalltür aus den Angeln gehoben und die im Stalle befindlichen acht Legehühner mit der dort stehenden Forke totgestochen, die Flügel wurden gebrochen und die Hühner buchstäblich auseinandergerissen und zertrümmert.

S Lobsens (Lobzenica), 13. Januar. In der letzten Gemeinderatssitzung, die bei mäßigiger Beteiligung eine Anzahl unmächtiger und für die demnächst stattfindende Budgetberatungssitzung vorbereitender Punkte verhandelt, wurde folgendes beschlossen: Zu Mitgliedern der Budgetkommission wurden ernannt die Herren: Dr. Rawrol, Konec, Muśiański und Kotarack. Ferner wurde beschlossen, demnächst den Baumbestand am Wege Waldungen-Sazaren einzeln meistbietend auf dem Stamm zu verkaufen. Der Termin der Versteigerung ist bei den Ortsschulzen zu erfahren. Endlich wurde das Protokoll der Revisionskommission zur Kenntnis gegeben, das keine wesentlichen Feststellungen enthielt.

Bei der Treibjagd auf dem Gelände des Rittergutes Ferguson wurden von 12 Schülern 11 Hasen erlegt.

S Mogilno, 13. Januar. In der Zeit vom 15. Januar bis 5. Februar einschließlich wird im Kreise Mogilno eine militärische Besichtigung der Wagen durchgeführt. Dieselbe findet statt für: Mogilno-Ost am 15. Januar um 9 Uhr in Mogilno und am 16. Januar um 9 Uhr in Kołodziejewo; Mogilno-Stadt am 18. Januar um 9 Uhr sowie Mogilno-West um 10 Uhr in Mogilno; Mogilno-West am 19. Januar um 9 Uhr in Parlinek; Strzelno-Nord am 20. Januar um 9 Uhr in Marlowice und am 21. Januar um dieselbe Zeit in Strzelno; Strzelno-Stadt am 22. Januar um 9 Uhr und Strzelno-Süd um 10 Uhr in Strzelno; sowie am 23. Januar um 9 Uhr in Jeziorka Więcka; Kruszwica-Stadt am 25. Jan. um 9 Uhr und Gemeinde um 10 Uhr sowie am 26. Januar um 9 Uhr in Łachmirówce; Chelmce am 27. Januar um 9 Uhr und Gemeinde am 28. Januar um 9 Uhr in Karlik; Gąbice am 29. Januar um 9 Uhr und Gemeinde am 30. Januar um 9 Uhr in Odrodow; Trzemeszno-Stadt am 1. Februar um 9 Uhr und Gemeinde um 10 Uhr in Trzemeszno sowie am 3. Februar um 9 Uhr in Trzemeszno; Gemeinde Pakosław am 4. Februar um 9 Uhr in Krajekowo und Pakosław-Stadt und Gemeinde am 5. Februar um 10 Uhr in Pakosław.

S Nakel, 12. Januar. Bisher noch nicht gefasste Diebe drangen nachts in den Geflügelstall des Besitzers Ruchowski in Bielawy ein und stahlen daraus 20 Hühner. Von dem Lager der Ein- und Verkaufsgenossenschaft wurden von dreien Dieben zwei Bentner Roggen gestohlen.

S Pakosław (Pakosław), 14. Januar. Eine gewisse Pelagia Kawłowna ließ ihr 6jähriges Töchterchen ohne Aufsicht in der Küche zurück. Das Kind verlor einen Topf mit kochendem Wasser vom Feuer zu nehmen, wobei sich das Wasser über das kleine Mädchen ergoss, das schwere Verbrennungen erlitt.

S Posen (Poznań), 13. Januar. Wegen versuchten Devisenschmuggels hatte sich vor dem hiesigen Bezirksgericht ein Paul Dreger aus Zielonischel, Kreis Meseritz, zu verantworten, der bei der Rückkehr von einem Besuch seiner Verwandten im Kreise Obrnik nach Deutschland versucht hatte, zwei Banknoten von je 100 Złoty unter dem Deckel seiner Taschenuhr über die Grenze zu schmuggeln. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis und 100 Złoty Geldstrafe. Der Verurteilte wurde gegen eine Kautions von 250 Złoty auf freien Fuß gesetzt und kehrte nach Deutschland zurück.

S Strzelno (Strzelno), 12. Januar. Dem Forsthans Kopce statteten Diebe einen Besuch ab und stahlen aus der Wohnung des vor kurzer Zeit dorthin versetzten Försters Jerzy Hojat eine Doppelflinte, eine Kugelbüchse, einen Trichter, eine Pistole, 17 Złoty Bargeld, zwei Paar Jagdzügel, eine Lederjacke und ein Fahrrad. Die Spuren der Täter führen nach Konin.

S Tremeszen (Trzemeszno), 11. Januar. In der ersten Stadtverordnetensitzung im neuen Jahr wurden der Notar Kazimierz Szymborski als Vizebürgermeister und Dr. Bojciechowski als Magistratsmitglied in ihre Ämter eingeführt. Beschlossen wurde, eine Bauparzelle an die St. Trudzista in Nekawczyn zu verkaufen. Betreffs des Kommunalzuschlags für 1937 zu den staatlichen Einnahmensteuern wurde eine besondere Schlichtungskommission gewählt, welcher die Stadtverordneten Marchlewicz, Lawrenz und Krause angehören.

S Usz (Ujście), 14. Januar. Fürchterlich gehaust haben hier Fürstlich Unbekannte auf dem bekannten Kalvarienberg. Der Altar der Kapelle 8, ein Meisterwerk, ist vollständig zertrümmert worden. Der ganze Altar bietet ein beispielloses Aussehen. Der angerichtete Schaden wird mit etwa 1000 Złoty angegeben.

S Wyrzysk (Wyrzysk), 14. Januar. Im Alter von 91 Jahren verstarb hier Frau Karoline Zwicker, die Mutter des vor einigen Jahren verstorbenen Schornsteinfegermeisters Otto Zwicker. Frau Z. war die älteste deutsche Einwohnerin unserer Stadt.

In einer Sitzung der Gemeindevertreter der Gemeinde Gromaden wurde beschlossen, im Frühjahr den Weg vom Dorf nach dem neuen Friedhof zu pflastern.

Chief-Redakteur Gottbold Starke: verantwortlicher Redakteur für Politik Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen und politischen Teil: Marian Herk; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, T. 20. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage. Der Hausspund

Sämtliche NOTEN

soweit nicht am Lager besorgt auf schnellstem Wege.

W. John's Buchhandlung
Bydgoszcz, Plac Wolności 1 — ul. Gdańsk.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres Bruders u. Schwagers

Stanislaus Heinke

sagen wir hiermit allen Belannten, insbesondere den Herren v. Aussichtsrat u. Vorstand, sowie den Herren Vertretern der Firma Ludwig Buchholz, Alt.-Gel. in Bydgoszcz, wie auch allen seinen Mitarbeitern

637

herzlichsten Dank.

Im Namen aller Angehörigen
die Mutter.

Bydgoszcz, den 14. Januar 1937.

Photoalben

einfachste bis feinste Ausführung, preiswert und in großer Auswahl.

A. Dittmann T. z o. p.

Marsz. Focha 6.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die Kranzpenden beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen, sagen wir allen Freunden und Belannten, insbesondere Herrn Pfarrer Eichstädt für die trostreichen Worte untern

630

herzlichsten Dank.

Frau Wisniewski
und Kinder.

Bydgoszcz, den 14. Januar 1937.

Dankagung.

Für die zahlreiche Teilnahme beim Heimgange unseres Sohnes Hans sowie für die Beteiligung des Polkaorchesters und Gesangvereins, insbesondere Herrn Pfarrer Fischer, Waldow, für die trostreichen Worte am Sarge sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.

Bruszcza, den 14. Januar 1937.

1247

Familie W. Himmer.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir Allen, insbesondere Herrn Superintendenten Bandin

herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Albert Rindt u. Kinder.

Golubiewo, im Januar 1937.

1248

Warnung.

Wir warnen hiermit

Jrl. Hedwig Raffler

irgendetwas zu leihen oder mit ihr in geschäftliche Beziehungen zu treten. Da Jrl. R. von uns wirtschaftlich vollständig versorgt wird, kommen wir für iontige Schulden ihrerseits nicht auf.

Die Verwandten.

Ab 18. 1. 1937 beginnen ermäßigte

Tanzurufe

Anmeldung täglich von 5—7 Gdańsk 99

Tanzinstitut E. Ko d.

Kostenlose Einsicht der Ziehungsliste.

Deutschsprechende Bedienung.

Kollektur K. Rzanny, Gdańsk 25. Tel. 33-31.

Hauptgewinne der 37. Polnischen Staatslotterie

1. V. Klasse (ohne Gewähr).

4. Tag, Vormittagsziehung

10000 zł. Nr.: 45226 51214 84179 129865

184681.

5000 zł. Nr.: 67218 169540.

2000 zł. Nr.: 11578 22704 29613 39751

56948 62140 65266 72061 81089 86248 95981 99644

114561 121836 131519 154476.

1000 zł. Nr.: 1588 3124 8255 27305 28693

39810 40615 41269 46285 47031 56309 65765 65443

68555 74734 86642 95821 103994 111975 126714

134:08 141273 142488 147631 148511 151533

153454 155852 169231 178578 193462 194349.

4. Tag, Nachmittagsziehung.

25 000 zł. Nr.: 8020.

20 000 zł. Nr.: 144688.

10 000 zł. Nr.: 124025 186317.

5000 zł. Nr.: 5278 87055 150305 155362

178655.

2000 zł. Nr.: 21956 33007 66613 80813

81576 82871 83238 114142 128835 128894 139157

147057 149362 170636.

1000 zł. Nr.: 128 4047 8036 19114 20403

31140 35948 37477 42006 53003 62388 72292 73457

78430 79524 94243 105869 108723 116859 150251

156:05 165346 171128 172370 173519 182157

186259 193374.

Niemere Gewinne, die im obigen Auszug nicht angegeben sind kann man in der Kollektur "Uśmiech Fortuna", Bydgoszcz, Pomorska 1 oder Toruń, Zeglarska 31, feststellen.

NOTEN

soweit nicht am Lager besorgt auf schnellstem Wege.

W. John's Buchhandlung
Bydgoszcz, Plac Wolności 1 — ul. Gdańsk.

8720

Zum 1. 4. erfahrener verheirateter

Gutsgärtner

evgl. mit best. Kenntnissen in Obst-, Gemüsebau u. Blumen-

auch gesucht. Zeugnisabgabe, u. Lebenslauf einlegend unt. Nr.

1269 an die Gfst. d. St.

Landwirtsch. Beamter mit 15000 zł. Kauktion 20 Jahre alt, 5 Jahre Prax. sucht vom 1. 4.

1937 oder später 1222

eine Beamtenstelle auf einem größeren Gute

als Erster oder unter Leitung des Chefs.

Ewald Firus, Dom. Cieśla, poczt. Rogoźno, zw. Oborniki

Landw. Beamter evgl. ledig, anf. 30, energetisch, ehrlich, solide, mit mehrjähr. Prax., Poln. in Wort u. Schrift, auch m. Buchführ. gut verteilt, da stellunglos, passende Stellung, Angebote unter Nr. 1257 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Majster Buczek, n. Mati pow. Brodnica

1259 an die Gfst. d. St.

Melter mit 2 Gehilfen zum 1. 4. 1937 für ca.

ca. 120 Stück Vieh, davon ca. 40 Milchkühe, gesucht. Erfahrt. i. Kälberaufzucht und Krankenbehandlung. Bedingung: Bewerbung, m. Zeugnisabchreften an 1285

Majster Buczek, n. Mati pow. Brodnica

1259 an die Gfst. d. St.

Lehrling für mein Kolonialwaren- und Restaurationsgeschäft stelle sofort ein

U. Beyer Nachf. Chelmno, Toruńska 5.

Bäderlehrling kann sich melden. Bei gut, führt Tischengel. Ofertern unter Nr. 1266 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Vortier m. gut. Empfehlung für bess. Haus bei freier Wohnung sofort gesucht. Ruhiges Geschäft vorzugeben. Ofer. u. Nr. 1219 a. d. G. d. 3.

Für ein Industrieunternehm. in Pommern wird per 1. 3. 37 eine zuverlässige, bilanzsichere

Buchhalterin der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein und bereits in dem Bezirk mit Erfolg gearbeitet haben. Ofer. u. Nr. 1234 an d. Gfst. d. St.

Gesucht zum 1. 4. 37 erhab. bestempföhl. unverheirat.

leitender Beamter der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein und bereits in dem Bezirk mit Erfolg gearbeitet haben. Ofer. u. Nr. 1219 an d. Gfst. d. St.

Suche für mein durch Agrar- Reform sehr verkleinertes Vorwerk Wijewo, zw. Starostwo, Bem. mögl. Lebenslauf. Zeugnisabchreften un. G. d. 3.

älter. Birthshofster oder bess. Vorarbeiter, der etwas mit Hand anlegt. Waldaufsucht mit übernimmt und selber etwas disponier. kann, mit guten Zeugnissen und Empfehlungen. Dauerstellung.

Hotel, pod Ortem, Trzemeszno, 1236

Gesucht zum 1. 4. 37 tüchtiges, ehrliches

Weinmädchen das doch kann. Federlehnpraxis versteht für kleinen Gutshaush. (2 Berl.) zum 1. Februar 1937 gelucht. Bewerbs. mit Zeugniss. und Lohnforder. unter 1250 an die Gfst. d. St.

älter. Birthshofster oder bess. Vorarbeiter, der etwas mit Hand anlegt. Waldaufsucht mit übernimmt und selber etwas disponier. kann, mit guten Zeugnissen und Empfehlungen. Dauerstellung.

Hotel, pod Ortem, Trzemeszno, 1236

Gesucht zum 1. 4. 37 tüchtiges, gewandtes

Stellengesuchte auf groß. intensiv betriebenen Gutshof, sofort od. später. Ang. unter Nr. 1207 an die "Deutsche Rundschau".

Jung. dtsch. Mädchen, mit guten polnischen Sprachenkenntniss. sucht Stellung zu Kindern.

Ofertern unter Nr. 1242 an die Gfst. d. St.

Revierförster oder Hilfsförster Besitz 3 J. Praxis, evgl. verh., 2 J. Soldat, 10 Jahre auf größerem Gütern praktiziert, sehr gute Zeugnisse u. Empfehlungen zur Seite, anstrengende Tätigkeit u. diszipl. Arbeit gewöhnt, mit allem aufs Beste vertraut, sucht bald od. später Stellung. Gfst. d. St.

Ev. Stubenmädchen mit einigen Kochkenntniss. sucht Stellung von Kindern.

Ofertern unter Nr. 1242 an die Gfst. d. St.

Förster 27 J. evgl. 12 J. Soldat, 10 Jahre auf größerem Gütern praktiziert, sehr gute Zeugnisse u. Empfehlungen zur Seite, anstrengende Tätigkeit u. diszipl. Arbeit gewöhnt, mit allem aufs Beste vertraut, sucht bald od. später Stellung. Gfst. d. St.

Privatgrundstück 76 Morg. tot. u. leb. Invent., durchschnittl. Weizen- und Roggenböden, infolge Übernahme der elterl. Wirtschaft j. zu verkaufen.

Ofertern unter Nr. 1200 an die Gfst. d. St.

Deutscher Turn-Verein Bromberg.

Freitag, Sonntag, d. 14. d. M.

Mitglieder - Versammlung im Kasino.

Vortrag Dr. Staemmler:

"Das Wunder des Lebens".

Eisbahn des Deutschen Tennis-Clubs eröffnet.

Größte Eisbahn Brombergs

Zamojskiego 16.

Eintritt: Erwachsene 35 gr.

623 Kinder 15 gr.

Dienstag, d. 19. Januar, um 20 Uhr im Civilkasino Bücherei.

Monatssitzung der historischen Gruppe.

Besprechung der Lebenserinnerungen des Grafen von Huttan-Czapski:

60 Jahre Politik und Gesellschaft.

Alle Mitglieder und Angehörigen sind dazu eingeladen.

1286

Pachtungen</b

Bromberg, Freitag, den 15. Januar 1937.

Pommerellen.

14. Januar.

Graudenz (Grudziądz)

Die evangelischen Gemeindelöperschaften

(Kirchenrat und Gemeindevertretung) hielten am Dienstag im Konfirmandensaal des Pfarrhauses in der Gartenstraße ihre erste gemeinsame Sitzung in diesem Kalenderjahr ab. Die Teilnahme an ihr war, da 41 Körperschaftsangehörige zugegen waren, eine besonders erfreulich zahlreiche. Pfarrer Gürler sprach nach gemeinsamen Choralgebet über Lukas 9, 60 und wies darin auf die Art des rechten Verhaltens und Wirkens der zur Förderung wahren christlichen Lebens missberufenen Körperschaftsmitglieder in bezug auf Gottes Wort, Gottes Haus und Gebet hin.

Der Vorsitzende des Kirchenrats, Pfarrer Dieball, verpflichtete den Kirchenältesten Rentier Hermann Reinhold, der seinerzeit an dem in der Kirche stattgefundenen Einführungsauf des neu- bzw. wiedergewählten Teiles der Körperschaftsmitglieder teilzunehmen verhindert war, für seine sechsjährige Amtsperiode. Sodann nahm Superintendent Pfarrer Bandt aus Nehden, der ebenfalls an der Sitzung teilnahm, namens des Synodalvorstandes das Wort. In längeren Ausführungen machte er beherzigenswerte Darlegungen, die ein fruchtbringendes, von christlichem Geist erfülltes Wollen und Wirken der Gemeindelöperschaften zum Segen der Kirche und Gemeinde brachten.

Der Vorsitzende, Pfarrer Dieball, begrüßte die nach der letzten Erneuerungswahl in die kirchlichen Körperschaften neu- und wiedereingetretenen Mitglieder als Helfer und Mitarbeiter und gab dann an Hand der Synodalordnung eine Darstellung der mannsfachen, zum Wohle des kirchlichen Gemeindelebens ihnen obliegenden Aufgaben und Pflichten, dabei die Kompetenzen der beiden Körperschaften umgrenzend.

Es schloss sich daran noch eine kurze Erörterung über die Festlegung der Stunde des Beginns der Sitzungen der kirchlichen Vertretungen. Man kam dahin über, daß zunächst, zur Wintersitzung, diese Sitzungen für 5 Uhr nachmittags anberaumt werden sollen. Für den Sommer kann eventuell ein späterer Sitzungsbeginn beschlossen werden. Mitgeteilt wurde noch, daß eine der nächsten Aufgaben der Beschlusssatzung der Gemeindelöperschaften die Festsetzung einer neuen Friedhofsgebührenordnung sein wird.

× Ansteckende Krankheiten in Grudenz. Nach der fortlaufenden Statistik des Städtischen Gesundheitsamtes waren in der verflossenen Woche in unserer Stadt folgende Fälle von ansteckenden Krankheiten zu verzeichnen: sechsmal Tuberkulose, je dreimal Scharlach und Keuchhusten und einmal Diphtheritis.

× Der Ausländerverkehr gestaltete sich im Monat Dezember des vergangenen Jahres in Grudenz wie folgt: Es reisten zu 86 fremde Staatsangehörige, und zwar 72 aus Deutschland, 12 aus Danzig, und je einer aus Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Grudenz verließen 72 Ausländer, nämlich 61 Reichsdeutsche, 8 Danziger und je ein Österreicher, Engländer und Amerikaner.

× Arbeitsaufnahme. Die Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen "Unia" (früher Benzki) hat jetzt nach Ablauf der Weihnachtspause den Betrieb wieder aufgenommen. Am 7. d. M. erfolgte die Annahme von 150 Arbeitern, deren Zahl in nächster Zeit eine Vermehrung erfahren soll.

× Ein Verkehrsunfall trug sich am Montag auf der Chaussee Lessen-Grudenz zu. Als ein Milchwagen aus Lissafowo die Stelle passierte, wo sich diese Chaussee mit der Belchauer Burg kreuzt, fuhr ein von hinten kommendes Auto mit dem Wagen zusammen. Die Folge war, daß der hintere Teil des Fuhrwerks schwer beschädigt, die Deichsel zerbrochen und das Pferd getötet wurde. Der Kutscher erlitt Verletzungen, zum Glück nur leichter Art. Das Auto fuhr nach dem Unfall in Richtung Grudenz weiter.

× Folgende gesundene Gegenstände sind in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember v. J. bei der Stadtverwaltung abgeliefert worden: zwei Herrenuhren, drei Damenhandtaschen, fünf Schlüssel, ein Herrenhut, zwei Paar Handschuhe, ein Barett, ein Flötenstück, ein zusammenfassbarer Notenständer, eine Kiste mit Teilen von Garderobe, fünf Taschentücher, Damenstrümpfe, eine Geldtasche, ein Gummistempel, Schlittschuhe, Schlüssel, sowie eine Brieftasche mit Personalpapieren. Die Sachen können vom Zimmer 308 des Rathauses von 10 bis 12 Uhr abgeholt werden.

× Seines Dienstes enthoben und festgenommen wurde der 41jährige Vate des 2. Polizeikommissariats Leopold Bartkiewicz, der aus Plakowenz (Pliszowez), Kreis Briesen, stammt. In den letzten Tagen des Monats Dezember hat sich nämlich herausgestellt, daß von B. seine dienstlichen Funktionen dazu benutzt worden sind, um zum eigenen Nutzen Verfehlungen zu begehen.

Thorn (Toruń).

× Der Eisaufgang auf der Weichsel nahm im Laufe der letzten Nacht so zu, daß der Strom Mittwoch früh in seiner ganzen Breite mit Eisbünden dicht besät war. Die im Weichselhafen liegenden Dampfer und Kühne waren daher gezwungen, den schlügenden Winterhafen aufzusuchen. Der Schiffsverkehr ruht jetzt vollständig. — Der Wasserstand betrug Dienstag früh 2,00 und Mittwoch früh 1,89 Meter über Normal. — Am Mittwoch traf noch aus Warschau kommend, der Passagierdampfer "Batory" im Weichselhafen ein, und der Schleppdampfer "Spółdzielnia Wisła" langte aus Danzig hier an. Die Personen- und Güterdampfer "Dagello" und "Mars" machten auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Danzig bzw. umgekehrt hier Station.

× Offizielle Ausschreibung. Die staatliche Bezirks-Eisenbahndirektion in Thorn hat im Offertenwege die Reinigungsarbeiten an den Schuhstreifen im Direktionsbezirk zu vergeben. Der Termin für die Einreichung der Offerten läuft mit dem 9. Februar d. J. um 9 Uhr ab. Die näheren Ausschreibungsbedingungen sind im "Monitor Polski" in der Nummer vom 7. Januar 1937 veröffentlicht.

† Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 14. Januar, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 21. Januar, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 17. Januar, hat in der Innenstadt die "Rats-Apotheke" (Apteka Radziecka), Breitestraße (ul. Śzeroka) 27, Fernsprecher Nr. 1250.

× Schon wieder ein neuer Brotpreis. Die Stadtverwaltung in Thorn hat mit sofortiger Wirkung den Preis für ein Kilogramm Brot aus 55prozentigem Roggengrund auf 33 Groschen festgesetzt. Diese Maßnahme erfolgte mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen eingetretene Steigerung des Preises von 55prozentigem Roggengrund von 32 auf 34 Groschen für 100 Kilogramm.

* Zwangsopter für die Winterhilfe? Wie uns mitgeteilt wird, verlangt die Gepäck-Absicherung auf dem Stadtbahnhof (Toruń-Miasto) bei der Herausgabe von Bahngesellschaft-Sendungen den Kauf einer Winterhilfsmarke im Werte von 10 Groschen für jedes Gepäckstück. Sofern die 10 Groschen nicht bezahlt werden, wird die Herausgabe der Sendung verweigert. — Wie reimt sich dieses Vorgehen mit der vom Polnischen Winterhilfskomitee wiederholt abgegebenen Versicherung zusammen, daß für die Spenden keinerlei Zwang angewendet werden soll?

† Schwer vernügt ist Dienstag nachmittag die in Ciechocinek wohnhafte, augenblicklich in Thorn weilende Franciszka Lewandowska. Als sie im Hause Bäckerstraße (ul. Piekarzy) 8 sich in den Keller begeben wollte, stürzte sie infolge Unvorsichtigkeit die Treppe hinunter und brach dabei beide Beine. Die Verunglücks wurde in das Städtische Krankenhaus überführt.

† Eine Unterschlagung, acht Diebstähle kleineren Ausmaßes und eine Übertretung polizeilicher Verwaltungsvorschriften werden im Polizeirapport vom Dienstag aufgeführt. Die Hälfte der Diebstähle ist inzwischen aufgeklärt.

† Obdachloser bestiehlt einen Leidensgenossen. Bei seinem letzten Aufenthalt in Thorn schlug Maximilian Wiśniewski, ohne festen Wohnsitz, in einer Scheune in den Eichbergen sein Nachtlager auf. Dort traf er einen Kollegen, Józef Kirkholz, an, der sich gleichfalls aus Mangel an einem Dach über dem Kopf in der Scheune häuslich niedergelassen hatte. Als W. am frühen Morgen erwachte und seinen Bruder noch im festen Schlafe liegen sah, eignete er sich dessen Anzug, Mantel, Mütze sowie Personalausweise an und machte sich damit schleunigst aus dem Staube. Der Geschädigte, dem nur die Leibwäsche geblieben war, konnte in diesem Aufzug nicht sofort die Polizei benachrichtigen, auch kannte er den Namen des Landstreiters nicht. Später wollte es der Zufall, daß der Dieb in einer Ortschaft wegen Bettelns festgenommen wurde, wobei er sich mit der Papieren des Kirkholz legitimierte. In die Enge getrieben, nannte W. seinen richtigen Namen und bekannte sich zu dem Diebstahl in der Scheune. Auch konnte bei dieser Gelegenheit ermittelt werden, daß W. wegen Anbrandauf eines Strohstakens im Potenzen durch die Polizei gesucht wurde. — Obige Sache bildete jetzt den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Bürgergericht in Thorn. Der Angeklagte Wiśniewski bekannte sich dazu, Kirkholz in der Scheune bestohlen zu haben. Er will damals gerade aus dem Gefängnis entlassen worden sein und keinen anderen Ausweg gewußt haben. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

† Aus dem Landkreise Thorn, 13. Januar. Beim Tanzen mit einem Revolver hatte gestern nachmittag der Pfarrer Bilar Litwinowski aus Biskupisz (Biskupice) in der Wohnung der Lehrerin Stanisława Sledziówna in Brachnowo das Unglück, daß sich ein Schuß löste. Die Kugel drang dem anwesenden Schulleiter Maksymilian Sant in den Bauch. Der Verwundete wurde sofort nach Thorn in Krankenhaus gebracht.

† Culmsee (Chełmża), 13. Januar. Wie die Stadtverwaltung bekanntgibt, sind alle taubstummen und blinden Kinder durch deren Eltern bzw. Pflegebefohlenen bis zum 18. Januar d. J. im Rathaus, Zimmer 8, anzumelden.

Br Gdingen (Gdynia), 14. Januar. Im Seeamt fand die Übergabe der verliehenen goldenen Verdienstkreuze an die Kapitäne der beiden schwedischen Dampfer "Trio" und "Albert", Sven Magnus Svensson und Heinrich Granquist statt.

Die 30 Jahre alte Expedientin der Firma Kirmasz Swiatowy wurde am Montag in ihrer Wohnung ul. Śląska 70 tot aufgefunden. Sie hatte sich mit einer Pistole erschossen.

h Lautenburg (Lidzbark), 13. Januar. Im verflossenen Jahre verzeichnete das hierige Standesamt 107 Geburten, 73 Todesfälle und 24 Eheschließungen.

Gewaltsam seinem Leben ein Ende bereiten wollte der 25 Jahre alte Arbeiter Konrad Wiśniewski von hier, indem er ein Quantum Essigessig zu sich nahm. Den Lebensmüden schaffte man nach Soldau (Działdowo) ins Kreiskrankenhaus.

Aus bisher unbekannter Ursache brach ein Feuer im Gebäude des Landwirts Grzonkowski in Slupp (Slup) aus. In kurzer Zeit brannte das Wohnhaus und die Scheune nieder. Alsdann griff das Feuer auf die Scheune und den Stall des benachbarten Landwirts J. Hermann über und legte diese in Asche. Beide Geschädigten sind versichert.

p Neustadt (Wejherowo), 13. Januar. Der Neubau eines Schulgebäudes in Kielau (Chyłonia) befindet sich unter Dach. Die Baukosten werden aus dem Ortsbaufond, teils aus dem Fond der Schulbaugesellschaft bestritten und werden 85 000 Groschen erfordern. Die Baufläche beträgt 500 Quadratmeter. Die Einrichtung soll den neuzeitlichen Anforderungen angepaßt werden. Das Gebäude wird aus Parterre, Hochparterre und einem Stockwerk bestehen und 500 Kindern Raum gewähren.

Br Rahmel, 14. Januar. Laut einer Statistik beträgt die Einwohnerzahl von Rahmel 11 500 Seelen. Im letzten Halbjahr hat die Einwohnerzahl um rund 1500 Personen zugenommen.

a Schweiz (Swiecie), 13. Januar. Am Sonnabend abend wurde der von Gdingen kommende Warschauer D-Zug in Bedlenken mit Steinen beworfen. Die Steine flogen in einen Abteil des Wagens, in welchem Prost Dr. Janke und Richter Rakowski aus Thorn saßen. Der Richter wurde von den Steinen im Gesicht verletzt. Der Zug wurde angehalten und die Untersuchung ergab, daß Kohlendiebe die Steine geworfen hatten.

Der heutige Mittwoch-Wochenmarkt war sehr gut besucht und ebenso belebt. Die Butter wurde mit 1,10—1,30 pro Pfund, Eier mit 1,30—1,40 pro Mandel angeboten.

† Landsburg (Bieckorf), 13. Januar. Bei der am Dienstag in Pempersin auf einem Drittel des Jagdgeländes veranstalteten Treibjagd wurden von 20 Schützen 54 Hasen erlegt. Jagdkönig mit sieben Hasen wurde Erich Dittbrenner-Kosmin.

Thorn.

Verein für Jugendpflege.
Montag, d. 18. Januar 1937, abends 8,15 Uhr,
im Deutschen Heim
Kameradschaftsabend.
Der Vorstand.

Agl. Lokomotivführer a. D.

Heinrich Stelzer

nach schwerem Leiden, im Alter von fast 83 Jahren.
seine gütigen Augen für immer.

In tiefstem Schmerz:

Maria Stelzer geb. Stottko

Franz Jahn u. Frau Clara geb. Stelzer

Walter Taube u. Frau Maria geb. Stelzer

Alfred Maciejewski u. Frau Margarete

geb. Stelzer

Ernst Maaz u. Frau Gertrud geb. Stelzer

Karl Stelzer

Georg Stelzer u. Frau Li geb. Rollauer

und 6 Enkelkinder.

Thorn, Lubicka 47, den 13. Januar 1937

Graudenz, Danzig, Breslau, Dessau.

Die Ueberführung vom Trauerhause zur St. Joannis-Kirche erfolgt am Sonnabend, dem 16. d. M., früh um 9 Uhr, anschließend Requiem und Beisetzung auf dem St. Jakobs-Friedhof.

Bon Beileidsbekennen bitten wir abzusehen.

Sämtliche 8718

Malerarbeiten

auch außerhalb Toruńs,

für eritkästig und

prompt aus Malermitr.

Franz Schiller

Toruń, Bielkie

Garbary 12, Tel. 19-32

Füllfederhalter

mit

eicht 14 u. 18 karat

Goldfedern, Goldin-

metall-Federn, Ni-

Rosta-Feder, Glas-

Federn für Durch-

schriften.

Evangel. Gemeinde

Graudenz, Borm. 10

Uhr Gottesdienst, Pfarrer

Gürtler, vorm. 11½ Uhr

Uhr Kindergottesdienst.

Montag abends 8 Uhr

Vortrag für Jungmänner,

Setzstuhl Felgentreu-

Dienstag abends 8 Uhr

Vortrag für Alte, Sek.

St. Georgen - Kirche.

Rektor, vorm. 11½ Uhr

Uhr Kindergottesdienst.

Montag abends 8 Uhr

Vortrag für Jungmänner,

Setzstuhl Felgentreu-

Dienstag abends 8 Uhr

Vortrag für Jungmänner,

Setzstuhl Felgentreu-

Dienstag abends 8 Uhr

Vortrag für Jungmänner,

Setzstuhl Felgentreu-

Dienstag abends 8 Uhr

Vortrag für Jungmänner,

Setzstuhl Felgentreu-

Dienstag abends 8 Uhr

Vortrag für Jungmänner,

Setzstuhl Felgentreu-

Dienstag abends 8 Uhr

Vortrag für Jungmänner,

</

Dem Landwirt Naast in Sitno wurden zwei Schweine aus dem Stalle gestohlen. — Ferner versuchten Diebe bei dem Landwirt Melchert in Sitno Pferde zu stehlen. Durch das entstandene Geräusch wurde der Landwirt wach und konnte die Diebe, welche schon zwei der besten Pferde auf dem Hofe zusammengekoppelt hatten noch rechtzeitig vertreiben.

Die Jagdgemeinschaft Illovo verpachtet am Sonntag, dem 17. d. M., nachmittags 2 Uhr, in der Schule zu Illovo, die Gemeindejagd.

v Bempelburg (Sepolno), 13. Januar. An einem der letzten Tage hatte ein Landwirt aus Kl. Birkwitz eine Fuhre Roggen verkauft und für den Erlös desselben hier Stoffe eingekauft. Die eingekaufte Ware legte der unvorsichtige Landwirt auf den Wagen, den er in der ul. Studzienka stehen hatte, und entfernte sich. Bei seiner Rückkehr mußte er die üble Überraschung machen, daß seine eingekauften Stoffe vom Wagen gestohlen waren. — Ein größerer Diebstahl wurde in einer der letzten Nächte bei dem Landwirt Krieme in Kammin-Abbau verübt. Die Diebe stahlen aus der Wohnung fast sämtliche Kleidungs- und Wäschestücke und entkamen mit ihrer Beute unbehelligt.

Das seltene Fest der Goldenen Hochzeit konnte natürlich der Altächer Albert Schulz und seine Ehefrau Wilhelmine geb. Schmidt, aus Bempelburg-Abbau, begehen.

Rollenwechsel in der Judenfrage.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Aus Anlaß der Aussprache über die Judenfrage, die in der Haushaltsskommission des Sejm etwas auffallenderweise bei dem im allgemeinen ohne politische Randbemerkungen erledigten Haushaltshaushalt des Außenministeriums stattgefunden hat, verweise die Organe sowohl der Volksfront-Linien (es gibt nämlich bereits drei Gattungen der Linken): 1. die Linke der Endecja, 2. die Linke der ehemaligen Sanierung und 3. die sog. Volksfront-Linke, die als erst in der Bildung begriffen angesehen werden müssen), als auch der oppositionellen Nationalisten mit großer Erregung auf die Schwenzung hin, die die sog. „Legionärselemente“ der ehemaligen Sanierung der Judenfrage gegenüber vollzogen haben. Da das sogenannte Sanierungslager seinen Aggregatzustand verloren hat und wieder in seine ursprünglichen Bestandteile zerfällt, sucht jede Gruppe naturgemäß Anschluß an artverwandte gräßere Massen der Volksgemeinschaft und moralischen Rückhalt in einer von volkstümlichen Strömungen getragenen Ideologie. Die Legionärskreise, die hinter der „Gazeta Polska“ und allenfalls auch der „Polska Bzrojna“ stehen, suchen ganz offenbar nach irgendeiner Verständigung mit den Nationalisten, womöglich mit den Jung-Nationalisten und zwar zunächst auf der Plattform der gemeinsamen Arbeit an der Verwirklichung der These, daß Polen ein Nationalstaat sei und aller sich daraus ergebenden weiteren Forderungen. Die politischen Bundesgenossen in spe, um welche diese „Legionärskreise“ werben, beobachten die diesbezüglichen Manifestationen sehr genau und die endefekte, richtiger die linksendefekte Presse kommentiert die Phasen der Wandlung der ehemaligen „Staats-Idee“-Gläubigen in „Staats-Nationalisten“ — in sorgfältig abgesafsten Lage-Berichten. Am besten ist die Wandlung an dem Verhältnis zur Judenfrage zu erkennen. Nach Befürchtung des Pulses der Legionärspolitiker im Hinblick auf die Juden, fixiert der „Goniec Warszawski“ folgendes Situationsbild:

„Im Legionärslager geht eine bezeichnende Wandlung der Ansichten über die Judenfrage in Polen vor sich. Die Mehrheit der Politiker dieses Lagers teilt die Ansicht der Nationalisten, daß man die Emigration der Juden aus den polnischen Gebieten steigern und den Handel, die Industrie, das Handwerk und die freien Berufe polonisieren müsse.“ „Am Montag hat in der Haushaltsskommission des Sejm die Aussprache über die Judenfrage eine Neuauflage erlebt, wobei es zutage trat, daß die Vertreter des Legionärslagers sich zur Lösung der Judenfrage in Polen auf dem Wege der Steigerung der Auswanderung der Juden aus Polen entschlossen haben.“

„Außer der Stimme des Abg. Sioda aus Bromberg“ — schreibt das links-endefekte Blatt weiter, — „hat eine bezeichnende Haltung Oberst Miedziński eingenommen, der als Bertrauensmann des Marshalls Smigly-Rydz in politischen Fragen angesehen wird.“

Nach Aufführung der betreffenden Stellen aus der Rede des Obersten Miedziński und nach Verweisung auf den Sinn und Zweck der Ausführungen des Ministers Beck über den von ihm im Volksbunde vorgebrachten Emigrationsplan, gibt das Blatt der Überzeugung Ausdruck, daß alles dies unwiderrücklich die Annäherung der Ansichten des „Legionärslagers“ über die Judenfrage an die Stellungnahme des Nationalen Lagers beweise, „daß seit etlichen Jahren die Lösung — der Einschränkung der Rolle der Juden in Polen — ausgibt.“

Das Organ der nationalistischen Linken stellt die Wandlung, diesen Erfolg des Nationalismus, als Positivposten in Rechnung. Aber es versteht auch nicht die Lehrseite dieser Wandlung: daß nämlich gleichzeitig ein negativer Posten zu verzeichnen sei, der in der Tatsache besteht, daß „die PPS immer kräftig für die Juden eintritt.“ Der Führer der PPS Niedzialkowski stellte sich neulich in einem viel besprochenen Interview „auf den Standpunkt des Nationalitätenstaates“. Denselben Standpunkt nimmt der „Dziennik Popularny“ ein, dessen Chefredakteur Barlicki zum Stadtpräsidenten von Łódź gewählt worden ist.

Der „Goniec Warszawski“ faßt abschließend die Lage hinsichtlich der Judenfrage folgendermaßen zusammen: „Aus den obigen Tatsachen ist zu ersehen, daß 1. das Legionärslager, das nun Jahre hindurch mit den Juden zusammenging, sich von ihnen losgelöst hat und die Lösung der Judenfrage in Polen erstrebt, 2. daß aber die PPS, die vorher gegen die Juden wegen der ihrerseits der Sanierung geleisteten Unterstützung, Angriffe gerichtet hatte, jetzt ein stilles Bündnis mit ihnen abgeschlossen hat, ihre Rechte verteidigt und die Juden als Mit-Wirte im politischen Staate anerkennt. Dafür wird sie (die PPS) von den Juden unterstützt.“

Richtiger wäre es, die Sache beim Namen zu nennen. Nicht die PPS ist es, welche ihr Politik den Juden gegenüber geändert hat, sondern die PPS gewinnt dadurch, daß die Juden, (auch die bürgerlichen und konservativen) in wachsendem Maße ins Volksfrontlager übergehen.

Internationale Freimaurer.

Nach den aus Moskau in Warschau eingegangenen Berichten über die Einzelheiten der Anklageschrift gegen Radetz, Pietakow und Genossen geht die seit vielen Jahren bestehende enge Verbindung zwischen den sowjetrussischen und französischen Freimaurern hervor.

Danach war Radetz Meister vom Stuhl der Sowjetfreimaurerloge „Stern des Nordens“. Dieser Loge gehören eine Reihe führender sowjetrussischer Diplomaten sowie zwei Mitglieder des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei an, deren Namen streng geheimgehalten werden. Dieser Loge kommt, wie es heißt, das Verdienst zu, enge Beziehungen zu ausländischen Freimaurerkreisen angeknüpft zu haben. Insbesondere sei mit französischen Freimaurern engste Führung genommen worden, um so zum Schriftsteller für die Anhänger möglichst freundlicher Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu werden. Gegen Radetz und die von ihm geleitete Freimaurerloge sei offenbar deswegen eingeschritten worden, weil ständige Beziehungen zu Trotzki mit Hilfe anderer Freimaurerlogen im Ausland unterhalten worden sind.

In Moskau rechnet man damit, daß im Verlauf des Prozesses die Tätigkeit dieser Sowjet-Freimaurerloge möglichst wenig berührt werden wird, damit die Fäden zu den entsprechenden französischen Freimaurerkreisen, die sich für die Sowjetunion so nutzbringend erwiesen haben, nicht aufgedeckt werden.

Unter Sabotageverdacht.

Aus London wird gemeldet:

Die Abendzeitungen berichten in sensationeller Aufmachung, daß auf den beiden Schiffswerften Devonport und Sheerness Arbeiter mit sofortiger Wirkung entlassen worden sind. Die Admiralschaft, die die Entlassung angeordnet hat, ließ den Arbeitern die Kündigung in einem geschlossenen Umschlag überreichen mit der Begründung, daß ihre Dienste nicht länger benötigt werden, da ihre Tätigkeit nicht im Interesse der Admiralschaft sei. Die Arbeiter wurden daraufhin unter Beobachtung bis zum Ausgang der Werften gebracht.

Die Presse bringt die Entlassung in Zusammenhang mit den wiederholten Sabotagefälle des letzten Jahres, die auf den Kreuzern „Repulse“ und „Cumberland“, dem Schlachtkreuzer „Royal Oak“, dem Berserker „Velox“ und den Unterseebooten „Oberon“ und „H 28“ verübt wurden. Die Sabotagefälle hatten damals größte Beunruhigung in der Admiralschaft sowie in der gesamten Öffentlichkeit hervorgerufen, um so mehr, als nie eine Spur von den Tätern gefunden wurde. Wie „Evening News“ berichtet, besteht Verdacht, daß die entlassenen Arbeiter, die unter kommunistischem Einfluß stehen, zum mindesten Mittelsmänner bei den Attentaten auf den Schiffen gewesen sind. Beobachter der Admiralschaft sowie Beamte des britischen Geheimdienstes sind nach den beiden Werften entsandt worden, um über die Beziehungen, politische Aktivität und Vorleben der Entlassenen weitere Nachforschungen anzustellen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein, anonyme Anfragen werden gründlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beigelegt. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

G. P. R. Das Vorlommnis mit dem zertrümmerten Schaukasten wirkt eine ganze Reihe von Rechtsfragen auf, die sorgfältige Prüfung erfordern. Der Schaden ist angeblich dadurch verursacht worden, daß ein vorüberschreitendes Auto auf einen auf dem Straßendamm liegenden lohen Stein außfuhr und diesen in Ihr Schaukasten zerstörte, modisch letzteres zertrümmerte wurde. Sie haben die Stadt für den Schaden haftbar gemacht, weil die Strafe nicht in Ordnung gewesen wäre. Die Stadt lehnte nicht ab, sondern sandte Ihnen Schreiben an die Versicherungsgesellschaft, bei der Sie gegen solche Vorkommnisse versichert ist. Die Versicherungsgesellschaft aber lehnte Ihrerseits den Anspruch ab, weil die Stadt nicht allenfalls Leute aufstellen könnte, die aufpassen müßten, ob nicht irgend jemand irgendwo einen Stein auf den Fahrdamm werfe. Die Stadt sei nur haftbar für Nachlässigkeit und Versäumnisse. Sie fragen nun, ob Sie sich damit zufrieden geben oder weitere Schritte in der Sache tun sollen und welche. Unter Standpunkt zur Sache ist folgender: Wenn Sie nicht Eigentümer des Hauses sind, in dem sich der Laden mit dem zertrümmerten Schaukasten befindet, sondern nur Mieterin dieses Ladens, so liegt die Sache für Sie einfach: Sie benachrichtigen von dem Vorfall den Vermieter und ersuchen ihn um Reparatur, denn er ist verpflichtet, das Mietobjekt während der Dauer Ihrer Mietzeit in brauchbarem Zustande zu erhalten. Sie haben zwar den Laden gemietet, aber das zertrümmerte Schaukasten gehört nicht Ihnen, sondern dem Hauseigentümer, denn es ist ein Bestandteil des Hauses. Wenn es zertrümmert wird, dann muß der Hauseigentümer den Schädigern dafür haftbar machen. Sie haben mit der Sache weiter nichts zu tun. Anders liegt der Fall, wenn Sie selbst Eigentümer des Hauses sind, was aber weder aus Ihrer Ansicht, noch aus dem beigefügten Schreiben der Versicherungsgesellschaft zu erkennen ist. Dann gehen die Pflichten und Rechte, die wir oben bezeichnet haben, auf Sie über, d. h. Sie können den Schädigern für den Schaden haftbar machen. Wer ist nun der Schuldige? Unzweifelhaft ist es der Täter, d. h. der Lenker des Autos, für den aber das Eigentum des Autos haftet, da der Chauffeur nur im Auftrage des Autobesitzers handelt. Ist der Eigentümer des Autos bekannt, dann können Sie sich an diesen halten; ist er unbekannt geblieben, dann bleibt nichts übrig, als den Schaden selbst zu tragen. Die Beschädigungen dieser Art sehr häufig vorkommend, pflegen sich Hausbesitzer vor solchen Schäden durch Versicherung zu schützen, oder auch Mieter von Läden zu solcher Versicherung zu verpflichten. Aber auch wenn Ihnen der Eigentümer des Autos, durch das der Schaden verursacht wurde, bekannt wäre, erscheint es weniger ratsam, eine Klage gegen ihn anzustrengen, weil das Vorkommnis, das der ganzen Sache zugrunde liegt, so klar ist, und vermutlich auch durch eine nachträgliche Unterlieferung nicht geklärt werden könnte. Denn kann man sich im Ernst vorstellen, daß ein an dem Laden vorüberschreitendes Auto durch die bloße rasche Drehung eines Rades einen Stein seitwärts so heftig abschleudern konnte, daß dadurch ein dodes Schaukasten zertrümmert wurde? Wir halten selbst eine solche Abschleuderung nach hinten für problematisch und ein Abschleudern nach der Seite mit einer solchen Wirkung für ganz unmöglich. Wir halten deshalb eine Klage gegen den Täter resp. dessen Auftraggeber nur dann für angebracht, wenn Zeugen dafür vorhanden sind, daß tatsächlich das Auto den Schaden verursacht hat. Dann sonst laufen Sie Gefahr, zu dem bereits erlittenen Schaden noch die Kosten von einem vielleicht langwierigen Prozeß hinzuzügen zu müssen.

„Radio.“ 1. Für den Umbau müssen Sie die baupolizeiliche Genehmigung haben, die Sie unter Vorlage einer Zeichnung nachsuchen müssen. 2. Die 10000 Mark vom Oktober 1919 hatten nur einen Wert von 2880 Zloty. Da das Geld zum Bau eines Hauses verwendet wurde, können Sie bis 100prozentige Aufwertung fordern.

„Popoloma.“ 1. Was ein Sperrkonto ist, besagt deutlich der Name. Es ist das Guthaben bei einem Geldinstitut, über das der Inhaber nicht verfügen kann, da es durch Gesetz oder durch eine behördliche Maßnahme für ihn gesperrt ist. Wenden Sie sich direkt an die Bank, wo Sie das Konto haben, dort erhalten Sie authentischen Beleg. 2. Unseres Wissens versinnbildlicht der Stern nichts, sondern ist nur Dekorationstädt. 3. Tinguat gebräucht früher zu China und gehört dazu noch hente. 4. Das fragliche Bild ist uns unbekannt.

Deutsche Vereinigung.

Versammlungskalender.

- Og. Kolmar. 14. 1., 20 Uhr, Lichtbildvortrag Hepte „Polens Landeschaften, Städte und Volksstämme“ in Kino Metropol.
Og. Biolin. 14. 1., Mittl.-Vers. in Radzionice.
Og. Lindenwald. 14. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers. bei Bromund.
Og. Rendorf. 14. 1., 18 Uhr, Mittl.-Vers. bei Kramer.
Og. Wielan. 14. 1., 17 Uhr, Mittl.-Vers. bei Kedziora in Rybnik.
Og. Girschen. 15. 1., 18.30 Uhr, Mittl.-Vers.
Og. Wiskito. 15. 1., Mittl.-Vers. bei Wołter-Dzidno.
Og. Bachwitz. 16. 1., 18 Uhr, Mittl.-Vers. fällt aus!
Og. Radewitz. 16. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers. bei Hensel-Pudewitz.
Og. Radel. 16. 1., 20 Uhr, Jahrestest.
Og. Sochow. 16. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers. im Heim Grüntal.
Og. Rojewo. 16. 1., 17 Uhr, Mittl.-Vers. bei A. Schmidt-Rojewice.
Og. Wreschen. 16. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers. bei Wołtaniewicz in Podwegierti.
Og. Dobromahaušland. 16. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers.
Og. Bromberg. 16. 1., 20.30 Uhr, Mittl.-Vers. der berufstätigen Mitglieder im Clubium.
Og. Brandenburg. 16. 1., 20 Uhr, Mittl.-Vers.
Og. Deutschow. 16. 1., 15.30 Uhr, Winterfest.
Og. Radlowo. 17. 1., 17 Uhr, Mittl.-Vers. bei Klettke-Sedowa.
Og. Culm. 17. 1., 15 Uhr, Mittl.-Vers. im Vereinshaus.
Og. Krośnica. 17. 1., 14 Uhr, Mittl.-Vers. bei Schmidt.
Og. Lindenau. 17. 1., 15.30 Uhr, Mittl.-Vers. bei Frauen.
Og. Mischmalde. 17. 1., 16.30 Uhr, Mittl.-Vers. bei Piec.
Og. Bokowiz. 17. 1., 18 Uhr, Mittl.-Vers. bei Gałkowic.
Og. Jabłone. 17. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers.
Og. Arganow. 17. 1., 17 Uhr, Mittl.-Vers. bei Drzewicki.
Og. Waldau. 17. 1., 17 Uhr, Mittl.-Vers. bei Glowitski.
Og. Eichdorff, Kreis Grodzisk. 18. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers. in Konarzewo.
Og. Spital. 18. 1., Mittl.-Vers., Smiercz-Gaski.
Og. Nella. 18. 1., 18 Uhr, Mittl.-Vers. bei Luka-Brzczko.
Og. Wollstein. 18. 1., 20 Uhr, Mittl.-Vers.
Og. Ramart. 19. 1., Mittl.-Vers.
Og. Kentomisch. 19. 1., 19 Uhr, Lichtbildvortrag Hepte „Polens Landeschaften, Städte und Volksstämme“.
Og. Strelno. 20. 1., Jahresversammlung im Vereinshaus.
Og. Schröda. 20. 1., 20 Uhr, Mittl.-Vers. bei Schneider.
Og. Neustadt a. B. 21. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers. in Klenka.
Og. Großjess. 21. 1., Mittl.-Vers.
Og. Gordon. 21. 1., 18 Uhr, Mittl.-Vers. Vortrag Dr. Randolph.
Og. Syniewo. 22. 1., Mittl.-Vers.
Og. Gembik. 22. 1., 19 Uhr, Mittl.-Vers.
Og. Biolin. 22. 1., 17 Uhr, Mittl.-Vers. bei Pfeiffer.
Og. Orchheim. 23. 1., 18 Uhr, Mittl.-Vers. bei Brzozowski.
Og. Skóra. 23. 1., 18 Uhr, Mittl.-Vers. im Restaurant Stenzel.
Og. Günther. 24. 1., Mittl.-Vers. 1282
Og. Bromberg. 25. 1., 20 Uhr, Mittl.-Vers. bei Kleinert.
Og. Radlowo. 26. 1., 18 Uhr, Mittl.-Vers. bei Klettke-Sedowa.

Schwere Zusammenstöße

zwischen Moslems und indischen Christen.

Wie aus Mysore in Indien berichtet wird, kam es dort zu schweren Zusammenstößen zwischen Moslems und indischen Christen in der Nähe der Kirche von St. Philomena. Die Mohammedaner zerstörten die in der Kirche befindlichen Heiligenbilder. Unter den Mohammedanern war das Gericht verbreitet worden, daß die Christen heimlich Mohammedaner werden sollten und taufen. Die Polizei mußte eingreifen und machte von der Schußwaffe Gebrauch. Drei Personen wurden getötet und 12 verletzt.

N. G. Wir wissen nicht, was Sie darunter verstehen, daß Sie sich von dem Ihnen testamentarisch vermaßten Vermögen „abschreiben“ wollen. Heißt das, daß Sie auf das Erbe verzichten oder daß Sie über das Erbe quittieren wollen? Im ersten Falle brauchen Sie natürlich keine Erbschaftsteuer zu zahlen, denn Sie erben ja nichts. Nehmen Sie aber die Erbschaft an, dann müssen Sie Erbschaftsteuer zahlen; aber eine Erbsumme bis 10 000 Zloty ist für Sie steuerfrei. Die Steuerpflicht beginnt für Sie erst mit 10 000 Zloty und beträgt bei einer Erbsumme bis 20 000 Zloty 0,5 Prozent.

Nat. Da Sie alleiniger Erbin des Grundstücks sind, haben Sie ziemlich freie Hand; Sie sind nur an die Bestimmung gebunden, daß nach Ihrem Tode die Kinder zu gleichen Teilen erben. Der Nat. den man Ihnen aus Deutschland gibt, nämlich das Grundstück zu verpachten, ist gut; dadurch werden Sie selbst und die Nachbarn am besten geschützt. Wer nach Ihrem Tode das Grundstück übernehmen soll, können die Nachbarn unter sich bestimmen. Sie selbst können an dem gemeinschaftlichen Testamente nichts ändern. Falls Sie sich aber zu der Überlassung des Grundstücks durch einen Schenkungsakt entschließen, so beträgt die Stempelgebühr 0,5 Prozent des Wertes. Ob der Wert des Grundstücks sich seit 1920 verändert hat, wissen wir nicht, da wir die örtlichen Verhältnisse nicht kennen. Die Schenkungsurkunde muß auf Grund eines notariellen Aktes erfolgen.

Nr. B. 100. Geld nach dem Ausland verleihen können Sie nur mit Genehmigung der Bank Polst. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Sie ausreisen für die von Ihnen bezeichneten Zwecke die Genehmigung erhalten.

B. B. R. Die Veröffentlichung im „Monitor Polst“ vom 22. 8. 1934 (Pof. 21) ist eine Bekanntmachung des General-Kommissars in Sachen der Pożyczała Narodowa, die über eine halbe Seite des genannten Amtsblattes füllt. Die Bekanntmachung besagt, daß eine Eigentumsübertragung der genannten Anleihe nur erfolgen kann auf Grund jedesmaliger Genehmigung des General-Kommissars. Die Genehmigung zur Abgabe dieser Anleihe an Privatpersonen wird nur in gewissen Fällen erteilt, und zwar unter anderem: 1. In Fällen, die die Obligationen dieser Anleihe gegeben haben und den Nachweis dafür durch Dokumente, die in solchen Fällen gefordert werden, erbracht haben, und an Personen, die diese Obligationen auf Grund eines rechtskräftigen Urteils erhalten. Des Weiteren kann die Erlaubnis zur Abgabe dieser Obligationen erteilt werden zugunsten nächster Verwandten, d. h. Augusten von Ehegatten, Abkömmlingen, Eltern, Großeltern, Kindern und Enkeln. Das Weitere dürfte Sie nicht interessieren.

„Mein Liebling B.“ Aus Ihrer Darstellung müssen wir entnehmen, daß die 20 Meter Land, die von Ihnen als Weg benötigt werden, dem Nachbarn gehören. Durch Veräußerung (Tritzen) haben Sie das Recht an dem Weg nicht erworben, wenigstens haben Sie keinen Beweis dafür; somit können Sie den Weg nur beanspruchen auf Grund einer Vereinbarung mit dem Nachbarn. Daraus ergibt sich, daß Sie den Nachbarn nicht verklagen können auf Duldung der Benutzung dieses Weges durch Sie. Warten Sie ab, wie sich der Nachbar weiter verhalten wird.

„Klamiertasten.“ In diesem Punkte können wir Ihnen keine Auskunft geben. Da müssen Sie sich an einen Fachmann wenden. G. R. B. Wenn der Schuldner Landwirt ist, dann handelt es sich um eine landwirtschaftliche Schuld, die den Schuldner berechtigt, das Entschuldungsgesetz in Anspruch zu nehmen, denn schon im Art. 1, Abs. 2 des fraglichen Gesetzes heißt es: „Es wird vermutet, daß jede Schuld, die den Besitzer einer Landwirtschaft belastet, dessen Hauptberuf die Führung dieser Wirtschaft ist, eine landwirtschaftliche Schuld ist. Die Beweislast für das Gegenteil hat der Gläubiger.“ Richtig aber der Schuldner das Entschuldungsgesetz in Anspruch, dann kann er beim Schiedsamt die Verteilung der Schuld auf Ratte und

Zunahme des Verbrecherunwesens in Polen.

Justizminister Grabowski vor dem Sejm auschuss.

Der Haushaltungsausschuss des Sejm besaß sich am Dienstag mit dem Vorschlag des Justizministeriums. Das Referat, das Abg. Sioda hielt, war ein genereller Anklageakt gegen die bisherige Politik des Justizministeriums, das jahrelang von dem ehemaligen Minister Michałowski geleitet wurde.

Der Referent, der zu dem gegenwärtigen Justizminister Grabowski volles Vertrauen hat, entwarf ein umfangreiches Bild von der Lage im Justizwesen. Zunächst ging er auf die

Rechtsanwaltschaft

eine, deren Lage sich immer mehr verschlechterte. Die Rechtsanwälte seien mit Klagen armer Leute, denen Armen-Alteste zugebilligt werden, förmlich überlastet; sie erhielten dafür kein Honorar, ja müssten sogar aus der eigenen Tasche zahlen. Besonders nachteilig sei für die Rechtsanwaltschaft der Zustrom von Angehörigen der nationalen Minderheiten in diesem Beruf, namentlich in den Bezirken Krakau, Lemberg und Warschau. In Polen müsste das polnische Element das Übergewicht in der Rechtsanwaltschaft haben. Notwendig sei hier das Eingreifen des Staates, was bei der Bearbeitung der Novelle zur Rechtsanwaltsordnung erfolgen könnte. Eine glückliche Lösung dieser Frage werde auch mit tatsächlichen Vorteilen für die nationalen Minderheiten verbunden sein, denn sie werde ein normales Zusammenleben im Rahmen der Berücksichtigung der berechtigten Interessen der polnischen Rechtsanwälte gestatten.

Weiter ging der Redner auf das

Gefängniswesen

ein. In den Gefängnissen mache sich, so führte er aus, ein Mangel an den notwendigen Sanitätsmitteln fühlbar. Die Kredite seien unzureichend, so daß nicht einmal die erforderliche Menge Seife gefestzt werden könne. Die Durchführung des letzten Amnestie-Gesetzes habe gezeigt, daß das gegenwärtige Strafsystem die dauernde Zunahme des Verbrechertums nicht aufzuhalten vermöge und daß die heutigen Strafmittel vor der Verübung von Verbrechen nicht abschrecken. Im knapp zehn Monaten nach dem Erlass der Amnestie habe die Zahl der Gefängnisinsassen um 20 000 zugenommen und sie sei schon jetzt um 5000 höher als vor der Amnestie. Während die Zahl der kriminellen Vergehen und Verbrechen im Jahre 1927 etwa 87 000 betrug, stieg sie im Jahre 1935 auf 115 000. Diese kolossale Zunahme der Verbrechen erheischt die Notwendigkeit einer Reform des Strafvollzuges.

Der Referent vertrat den Standpunkt, daß der diesjährige Etat des Justizministeriums, der mit 88 Millionen Zloty abschließt, erheblich überschritten werden wird. Der Referent empfahl trotzdem die Annahme des Vorschlags nach der Regierungsvorlage, denn es sei unmöglich, die Quellen zur Deckung größerer Ausgaben anzugeben.

Anschließend an das Referat ergriff

Justizminister Grabowski

das Wort zu längeren grundsätzlichen Ausführungen über Fragen der polnischen Rechtsprechung. Der Minister führte u. a. folgendes aus:

Der Statistik zufolge ist die Zahl der Gesetzesübertretungen in den letzten Jahren bedeutend gestiegen. Besonders auf dem Gebiet der staatsfeindlichen Vergehen. Die Zunahme von Sträflingen ergibt jährlich 5000 Personen, so daß wir gegenwärtig etwa 60 000 Sträflinge in den Gefängnissen haben, während vor zwei Jahren die Bevölkerung der Gefängnisse zweimal geringer war. Die Sprache dieser Ziffern ist überaus ernst. Wenn wir nach den Ursachen suchen, so muß ganz objektiv festgestellt werden, daß es folgende sind: eine

erhöhte umsturzlerische Tätigkeit fremder Agenturen, ein allgemeiner Sittenverfall, der durch die schwere Wirtschaftslage hervorgerufen wurde, und endlich eine moralisch-sittliche Krise.

Andererseits stellt eine bedeutende Zunahme der Tätigkeit der Sicherheitsorgane einen Grund der Übervölkernung der Gefängnisse dar. Hierin sehe ich auch die Quelle für einen gewissen Optimismus, ist doch damit die Gewähr dafür gegeben, daß die Regierung die Lage vollkommen beherricht und die Rechtsbrecher und Stürmer der öffentlichen Ordnung dort sitzen läßt, wo sie hingehören.

Ich habe vom ersten Augenblick meiner Amtszeit an mein Augenmerk auf zwei wesentliche Gruppen von Verbrechen gerichtet, deren Zunahme sich im besonders deutlichen Maße bemerkbar macht. Es sind dies die

Verbrechen gegen Staat und Amt.

Aus der Natur der Lage herans gelten diejenigen Verbrechen, die die Existenz, die Unverleidlichkeit und die Staatsform Polens bedrohen, als die gefährlichsten. Um so mehr, als ihre wirklichen Anstifter fremde Agenturen sind, die aus dem Verborgenen die staatsfeindliche Tätigkeit anregen, organisieren und finanzieren; weil darüber hinaus zum Wefen dieser Vergehen die Revolutionierung der breiten Volksmassen gehört und sie höchste Güter betreffen, wobei die Arbeitslosigkeit sowie das Elend in Stadt und Land ausgenutzt werden. Es muß Aufgabe des Staates sein, die Organisationen zu ermitteln, die das Hirn dieser Handlungen sind.

Diebstahl öffentlicher Gelder, Bestechungen, Nachlässigkeit und Protektionswirtschaft — das sind die Namen der Krankheiten, die den jungen Organismus unserer Staatlichkeit zerzerren.

Ich will nicht leere Worte machen. Es genügt der Hinweis auf Vorkommnisse, wie die mit dem Bizedirektor des Steuerdepartements im Finanzministerium, Michałowski, der ein ganzes Bestechungssystem geschaffen hat, wie die mit dem Finanzamtsdirektor Krysztoforski und seine 19 Helfershelfer, die insgesamt über 250 000 Zloty veruntreuten usw., usw.

Wir wollen nicht, wie der Vogel Strauß, den Kopf in den Sand stecken, sondern offen zugeben, daß

der Diebstahl des öffentlichen Groschens erschreckende Ausmaße angenommen hat.

Diesen Zuständen habe ich einen unerbittlichen und kompromißlosen Kampf angesagt. Die Regierung wird vor den weitestgehenden Mitteln und Maßnahmen

nicht zurücktreten, um diese Gefahr radikal zu beseitigen. Alle Kräfte im Staat müssen zusammengefäßt werden im Kampf gegen Gesetzesübertretungen, die die Sicherheit unseres Landes betreffen.

Die Unabhängigkeit des Richters — ein Dogma.

Ohne die geringste Übertreibung kann gesagt werden, daß die

Grundlage für eine gehörige Rechtsprechung

die richtige Besetzung der Richter- und Staatsanwälteposten ist. Daher muß der moralischen und fachlichen Auswahl der Richter und Anwälte größte Bedeutung beigemessen werden. Das Gehalt eines Stadtrichters der manchmal zugleich Leiter des Gerichts ist und auf dessen Schultern nicht nur die Pflicht des Richters, sondern auch die der komplizierten Verwaltung ruht, beträgt 420 Zloty, wovon noch eine Sondersteuer in Abzug zu bringen ist. Das Gehalt eines Kreispolizeikommandanten beträgt 500—680 Zloty, das eines Finanzbeamten 535—960 Zloty. Der Stadtrichter bezahlt das niedrigste Gehalt. Möge diese Zusammenstellung — ohne jeden Kommentar — für sich selbst sprechen.

Und doch soll der mit Arbeit überlastete und mit den größten materiellen Sorgen kämpfende Richter seine richterliche Unbestechlichkeit vertreten. Hierbei muß ich feststellen, daß ich seit meiner Amtübernahme stets mit Nachdruck festgestellt habe, daß ich die richterliche Unabhängigkeit für ein Dogma ansiehe, ohne das die Rechtsprechung nicht denkbar ist. Der Richter darf nichts anderes als das Gesetz und sein Gewissen zu Rate ziehen. Ebenso stark möchte ich die richterliche Verantwortung unterstreichen.

Der Richter ist wohl unabhängig, aber nicht ohne Verantwortung.

Die Gewähr für ein entsprechendes Niveau des Richteramts bietet eine gründliche Vorbereitung der Assessoren und Gerichtsapplikanten. Von den 2000 Gerichtsapplikanten befinden sich kaum zehn Prozent Gehalt. Die anderen befinden sich oft in einer verzweifelten wirtschaftlichen Lage. Ich kenne Fälle, in denen ein Gerichtsapplikant sich von einem monatlichen Gehalt von 25 Zloty erhalten mußte. Ich kenne viele Fälle, wo der Applikant sich seinen Lebensunterhalt als ungelernter Arbeiter verdienen mußte. Ich kenne einen Fall, wo der Applikant im Winkel einer Wächterwohnung wohnte und nicht einmal ein eigenes Bett besaß. Ich kenne einen Fall,

wo ein Applikant in einer Gerichtsverhandlung vor Hunger ohnmächtig wurde.

Die Gerichtsapplikanten, die nach dem gegenwärtigen System allein den Richternachwuchs stellen, überschreiten bei weitem die erforderlichen Kontingente. 400 Assessoren und 400 Applikanten würden ausreichen, es gibt aber 700 Assessoren und 2000 Applikanten — bei einer Anzahl von kaum 70 bis 100 Personen jährlich, die zur Auffüllung der Richterposten nötig sind.

Reform des Gerichtswesens.

Einigen plötzlichen und wichtigen Anforderungen unseres Strafgerichtswesens soll der Gesetzesvorschlag über Verfassungsänderungen im Gerichtswesen und im Strafverfahren Genüge leisten, die die Regierung den Kammern noch im Verlauf der gegenwärtigen Sejmtagung vorstellen will. Unser Strafverfahren ist im allgemeinen das am wenigsten gelungene Werk von allen Kodifikations-Akten. Es erfordert nicht nur eine Novellierung, sondern — im Grunde genommen — sogar eine gründliche Reform oder gänzliche Abänderung. Ich beabsichtige, noch im Verlauf der gegenwärtigen Sejmtagung beim Marschall einen Gesetzesvorschlag über die Organisation des Gefängniswesens einzubringen. Es sind auch zwei weitere wichtige Projekte zu nennen, die gegenwärtig vom Ministerium bearbeitet werden. Ich denke an das Pressegesetz und an das Gesetz über Stiftungen.

Ich möchte auch nicht versäumen, die Aufmerksamkeit auf eine gewisse Ercheinung zu lenken, die im Interesse der Ruhe und Ordnung nicht nur geregelt zu werden verdient, sondern unbedingt bekämpft werden muß. Es handelt sich um das Problem rücksäßiger Verbrecher. Das Anwachsen der Rückfälligkeit war im letzten Jahr besonders

Zwangarbeit bei 50 Grad unter Null.

Grauenvoller Bericht über die Sowjetlöhle.

Immer wieder muß man die Feststellung machen, daß das beste Heilmittel gegen eine Infektion mit dem bolschewistischen Gift die eigene Ausschau und das eigene Erleben in Sowjetrußland selbst ist. Dies ist bei den ehemaligen österreichischen Schülern zu beobachten, die seinerzeit nach dem missglückten Aufstand in Österreich nach Sowjetrußland flüchteten, um dort eine Zufluchtsstätte zu finden, und die jetzt vielfach auf das tiefste enttäuscht und vom bolschewistischen Wahn geheilt zurückkehren. In den letzten Tagen trafen auf dem Warschauer Hauptbahnhof wieder mehrere Gruppen von ehemaligen Angehörigen des österreichischen Schutzbundes ein, die — halb verhungert und vereidend an Leib und Seele — glücklich sind, der roten Hölle entronnen zu sein und wieder in ihre Heimat zurückzukehren zu dürfen.

Einer von ihnen erzählte von einem wolgadeutschen Bauern, den er in einem Zwangslager kennengelernt hatte. Der Mann hatte fünf Jahre bekommen, weil er gesagt hatte: „Die Streichhölzer brennen ja noch, aber im vorigen Jahr waren sie besser.“ Dies galt als gegenrevolutionäre Propaganda! Alle solche „kleineren“ Fälle, bei denen es nicht gerade um Tod und Leben der Angeklagten geht, werden von einer Sonderkommission der GPU erledigt, die nicht daran denkt, die Verhafteten einem Verhör zu unterziehen, sondern nach einem Schema bestimmt, ob fünf Jahre (das ist das Minimum) genügen, oder ob ein längeres Strafmaß am Platze ist. Ein anderer Schubhübler erzählte von seinen Erlebnissen in einem Zwangslager. Es handelt sich um das Lager von Tschibin an der Petschora, etwa 150 Kilometer westlich des Ural, in dem insgesamt mindestens 50 000 Gefangene untergebracht sind. Der Bestimmungsort für den etwa 800 Mann starken Transport des Schubhüblers lag unweit der Mündung der Petschora in das Nördliche Eismeer. Der Weg dorthin führte von der letzten Eisenbahnstation aus fast 500 Kilometer nördlich durch die schneeverdeckten geöffneten Weiten der Tundra. In einer endlosen Kette stampften sie, ein Mann hinter dem anderen, durch diese

groß; am 1. Januar 1937 wies die Statistik um 72,8 Prozent mehr Fälle auf als im vergangenen Jahr. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit

einer restlosen Anwendung aller Mittel zur Bekämpfung dieser Zustände.

Dieses Mittel ist unabhängig von dem Strafmaß im Art. 84 des Strafodex enthalten. Der Zeitraum für den Aufenthalt rückfälliger Verbrecher im Gefängnis ist auf mindestens 5 Jahre festgelegt. Nach Ablauf dieses Zeitraums entscheidet das Gericht, ob der Sträfling im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit entlassen werden kann oder nicht. Diese über alle Maßen gerechte Rechtsseinrichtung wird jedoch durch die Gerichtsbehörden nicht im erforderlichen Ausmaß in Anwendung gebracht. Aus diesen Gründen habe ich angeordnet, daß die Staatsanwälte ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Unterbringung berufsmäßiger Verbrecher in Besserungsanstalten lenken.

Laut Statistik wurden vor der letzten Amnestie etwa 130 000 kurzfristige Urteile bis zu einem Jahr Gefängnis nicht sofort ausgeführt, deren Ausführung auch zum größten Teil später unterblieb. Dazu darf es nicht wieder kommen. Wie die Statistik der letzten Jahre beweist, wächst die Anzahl der kurzfristig Verurteilten trotz der älteren Amnestien ständig und betrug am 1. Dezember v. J. 62,25 Prozent aller in polnischen Gefängnissen untergebrachten Sträflinge.

Unentgeltliche Arbeitspflicht.

Die unausgeführten kurzfristigen Urteile bestehen weiterhin. Den einzigen Ausweg stellt angesichts der Überfüllung aller polnischen Gefängnisse die Errichtung der notwendigen Strafanstalten dar. Hierzu müssen die Arbeitshäuser gerechnet werden, in denen die Sträflinge Arbeiten zu öffentlichem Nutzen ausführen. Der Sträfling muss arbeiten, damit das Ergebnis seiner Arbeit wenigstens teilweise die Ausgaben deckt, die der Staat für seinen Unterhalt ausgibt, und dies von Geldern, die von den anderen Staatsbürgern als Steuern bezahlt werden. Darüber hinaus muss festgestellt werden, daß der Arbeitsmangel bei den Gefangenen Gleichgültigkeit und die Faulheit fördert. Die Beseitigung dieser Neigungen kann allein durch die Gewöhnung an Arbeit erreicht werden.

Ich möchte schließlich noch daran erinnern, daß dieses Gesetzesprojekt die unentgeltliche Arbeitspflicht vorsieht. Denn ich bin der Ansicht, daß eine Entlohnung des Sträflings für geleistete Arbeit diesen im Vergleich mit einem Arbeiter, der sich in Freiheit befindet, in einer privilegierten Stellung versetzt. Wenn aber der Staatshab für den Unterhalt des Sträflings während der Strafdurchführung sorgt, ist es nicht mehr als recht, daß der Staat eine Gegenleistung von den Verurteilten erhält.

Ich habe jedoch für besonders arbeitswillige und fleißige sowie sich entzündigende nehmende Sträflinge Unterstüttungen bei der Entlassung aus dem Gefängnis vorgesehen, die ihnen ihr neues Dasein einzurichten und bei der Arbeitssuche helfen sollen.

In der Aussprache

ergriffen u. a. zwei jüdische Abgeordnete das Wort, von denen der eine sich darüber beklagte, daß in der Öffentlichkeit wiederholt behauptet werde, die Juden beleidigen das polnische Volk, und der andere für die Schaffung eines der Eigenart des polnischen Volkes entsprechenden Rechts eintrat.

Die Juden müßten ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes Recht erhalten.

Während der Beratung des Militärs-Haushaltss werden er einen Antrag auf Befreiung der Juden von der Dienstpflicht stellen. Er habe dabei nur das Wohl des polnischen Staates im Auge.

Bemerkenswert waren ferner die Ausführungen des Abg. Walowski zur Pressegeschäftigung. Der Redner erklärte u. a., daß auf dem Gebiet der Beschlagnahme von Zeitungen ein Chaos herrsche, wie sich überhaupt der Mangel an entsprechenden Rechtsnormen im Pressewesen immer mehr fühlbar mache. Der Minister, der am Schlus der Aussprache auf die Ausführungen der einzelnen Redner antwortete, ging auf die Bemerkungen des Abg. Walowski nicht ein, sondern erklärte, daß die Frage der Beschlagnahmen, praktisch gesehen, mehr in den Amtsbericht des Ministeriums des Innern gehöre und daß die Rolle der Staatsanwaltschaft in dieser Sicht sekundär sei.

Nach einigen Erklärungen des Berichterstatters wurde der Haushaltsvorschlag des Justizministeriums unverändert angenommen. Am Mittwoch beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Haushaltspol des Innernministeriums.

Schneewüste, Wochen und Wochen. Im Winter hausten sie in Erdhütten.

Bei 50 Grad sollten sie Holz fällen.

Die von ihnen verlangte Leistungsnorm lag so hoch, daß der Durchschnittsgefangene nicht über 30 v. H. der Norm kam. Nichterfüllung der Mindestnorm bedeutet aber Kürzung der an sich spärlichen Kost. Tatsächlich muß der Gefangene im Durchschnitt sein Leben bei je einem halben Liter Brei am Morgen und am Abend und bei 300 Gramm trockenem Brots fristen.

Was das Leben im Zwangslagerlager aber für jeden anständigen Menschen zur Hölle macht, ist die Tatsache, daß überall politische Gefangene und gemeine Verbrecher gemeinsam untergebracht und beschäftigt werden, ja, daß der Verbrecher grundsätzlich höher gewertet und besser behandelt wird als der politische Gefangene. Die Verbrecher erhalten Vertrauensposten, ja sie erhalten zur Bewachung der politischen Gefangenen Schußwaffen.

Bezeichnend ist das Schicksal eines Hamburger Kommunisten, der ebenfalls in dem Lager untergebracht war, weil er nach zehnjährigem Aufenthalt im „Sowjetparadies“ 1934 den Verlust unternommen hatte, nach Deutschland zurückzukehren. Der Hamburger bezahlt noch einiges Geld. Die Verbrecher, mit denen er in einer Erdhütte zusammen untergebracht war, forderten ihn auf, ihnen das Geld freiwillig zu geben. Als er das nicht tat, wurde er vor den Angen der Wächter tortgeschlagen. Da es sich aber „nur“ um einen politischen Gefangenen handelte, erhielten die Mörder lediglich einen „Verweis“ und gingen im übrigen straflos aus.

Über ein Kapitel will niemand von den ehemaligen Kommunisten, so stumpf und gefühllos sie das Leben in der Sowjetunion auch gemacht hat, viel sagen: über das Schicksal der weiblichen politischen Gefangenen. Das Schicksal dieser Frauen — so sagte einer — die mit den gemeinsten Verbrecherinnen und übelsten Straßendirnen zusammen in den Gefangenengelagern haften müssen und die jedes Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper verloren haben, ließe sich gar nicht beschreiben, so schrecklich und ekelhaft sei es.

Wirtschaftliche Rundschau.

Beck verteidigt die Danziger Kontingente.

Nach Abschluß der Debatte über das Budget des polnischen Außenministeriums nahm Außenminister Beck in der Sejm-Kommission nochmals das Wort, um auf einzelne Anzapfungen zu antworten.

U. a. wies er dabei auch die Angriffe des Posener Abgeordneten zurück, der sich als Vorsitzender des Verbandes der Kaufmannsvereine darüber beschwert hatte, daß Danzig prozentual mehr Einfuhrkontingente erhalten habe als Posen und Pommern.

In seiner Antwort erklärte der Außenminister, daß man alle solche Fragen nicht einseitig betrachten dürfe. Wenn einerseits der Danziger Industrie gewisse Erleichterungen gegeben würden, weil diese Industrie ohne die betreffenden Kontingente gar nicht bestehen könne, so geschehe das andererseits durchaus im Zug der vertraglichen Zusammensetzung; denn die polnischen Westwojewodschaften, insbesondere Pommern, hätten dadurch wiederum die Möglichkeit, ihre landwirtschaftlichen Produkte auf dem Gebiet der freien Stadt Danzig abzusetzen, das seine gesamte Versorgung zu 40 Prozent aus diesen Gebieten beziehe. Dank der Ausnahmefähigkeit Danzigs sei eine Aktivposition auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion in den Westwojewodschaften erreicht worden. Damit werde die Anerkennung von Kontingenzen kompensiert. Man könne diese nicht losgelöst von anderen Fragen betrachten, sondern müsse alles in Betracht ziehen, was dabei auf dem Spiel stände.

Der Minister betonte zum Schluß, daß ihm eine ganze Reihe maßgebender Stimmen vorliege, die feststellten, daß der Export von Landwirtschaftsprodukten aus den Westgebieten nach Danzig eine Lebensnotwendigkeit für die Bevölkerung dieser Gebiete sei.

Polens Zahlungsbilanz für 1934 und 1935.

Das polnische Statistische Hauptamt veröffentlicht die Zahlen über die Zahlungsbilanz Polens in den Jahren 1934 und 1935. In einer Vorberichtigung wird gefaßt, daß die Aufstellung der Zahlungsbilanz, sowie die Schätzungsmethoden eine Veränderung erfahren haben. Die Veröffentlichungen über die Zahlungsbilanz Polens für das Jahr 1934 im Jahre 1935, sowie im kleinen Statistischen Jahrbuch für das Jahr 1936 stimmen mit den jetzt veröffentlichten Zahlen nicht überein und besagen nur vorläufigen Charakter.

Die Zahlungsbilanz Polens für das Jahr 1934 schließt mit einem Minussaldo von 64,0 Mill. złoty ab und für das Jahr 1935 mit einem Minussaldo von 88,6 Mill. złoty. Die laufenden Posten des Jahres 1934 betrugen im Eingang 1291,2 Mill. złoty, davon im Warenverkehr 950,7, aus Dienstleistungen 330,2 Mill. und aus Gewinnen, Zinsen usw. 10,3 Mill. złoty. Im Ausgang betrugen die laufenden Posten 1153,1 Mill. złoty, davon im Warenverkehr 790,5 Mill. aus Dienstleistungen 185,4 Mill. und an Gewinnen, Zinsen usw. 177,2 Mill. Der Saldo beträgt demnach im laufenden Verkehr 189,1 Mill. złoty. Der Warenverkehr brachte einen Überschuß von 180,2 Mill. Dienstleistungen 144,8 Mill., während an Gewinnen, Zinsen usw. 160,9 Mill. złoty aus ungünstigen Polens verbucht wurden. Der Kapitalverkehr schließt im Jahre 1934 mit einem Saldo zu ungünstigen Polens von 159,1 Mill. złoty. Die von Polen aufgenommenen Kredite bezifferen sich auf 187,3 Mill. złoty und die von Polen erstellten Kredite auf 88,2 Mill. złoty. Da der Eingang an Devisen und ausländischen Valuten, sowie Gold im Jahre 1934 64,0 Mill. betrug, so wird das Minus aus den laufenden Posten und dem Kapitalverkehr von 64,0 Mill. złoty aufgehoben.

Die Zahlen für das Jahr 1935 lauten: Eingänge aus dem laufenden Verkehr 1220,2 Mill. złoty, davon aus dem Warenumschlag 878,0 Mill., aus Dienstleistungen 339,4 Mill., aus Gewinnen, Zinsen usw. 7,8 Mill. złoty. Der Ausgang bezifferte sich auf 1169,1 Mill. złoty, davon im Warenverkehr 816,0 Mill. złoty, aus Dienstleistungen 200,1 Mill. złoty, aus Gewinnanteilen, Zinsen usw. 149,0 Mill. złoty. Der Saldo zu ungünstigen Polens beträgt in dieser Rubrik 51,1 Mill. złoty, die sich aus dem Aktivsaldo im Warenverkehr von 57,0 Mill. złoty, und dem Aktivsaldo aus Dienstleistungen von 139,3 Mill. złoty zusammensetzen, denen ein Minussaldo von 145,2 Mill. złoty aus Gewinnanteilen, Zinsen usw. gegenübersteht. Im Kapitalverkehr betrug der Saldo zu ungünstigen Polens im Jahre 1935 112,9 Mill. złoty. Die von Polen aufgenommenen Kredite bezifferen sich auf 104,3 Mill. złoty, und die von Polen erstellten Kredite haben sich um 8,6 Mill. złoty verringert, so daß der vorangeführte Minussaldo von 112,9 Mill. złoty entsteht. Der Eingang an Devisen, Valuten und Gold im Jahre 1935 bezifferte sich auf 88,6 Mill., davon 22,4 Mill. złoty für Gold, so daß auch der Minussaldo aus dem laufenden Verkehr und den Kapitalumschlägen des Jahres 1935 durch diese Summe ausgeglichen erscheint.

Bor polnisch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen.

Am 1. Januar ist das zwischen Polen und der Sowjetunion abgeschlossene Bor- und Kontingentabkommen für das Jahr 1936 abgelaufen. Der gesamte polnisch-sowjetische Warenverkehr, der in den letzten Jahren immer mehr zusammengekrümpt ist, unterliegt der Kontingentierung und die Vereinbarungen über die Ein- und Ausfuhrmengen werden immer nur für ein Jahr abgeschlossen. Die Verhandlungen wegen einer Vereinbarung der Kontingente für das Jahr 1937 sollen noch im Laufe des Januar aufgenommen werden.

Der Großhandel in Polen.

Aus der Statistik des Finanzministeriums über die Erteilung von Handelspatenten geht hervor, daß Ende 1935 in ganz Polen ein Handelspatent erster Kategorie für den Großhandel mit Umläufen von über 500 000 złoty jährlich nur 600 ausgestellt wurden. In dieser Zahl sind jedoch mehr als die Hälfte der Unternehmen enthalten, die nicht zum eigentlichen Großhandel zuzurechnen sind. Wirkliche Engroßfirmen waren nur 208. Diese Zahl zeigt, wie schwach entwickelt dieser Zweig des Handels in Polen ist. In den ehemals deutschen Teilstädten Polens entfallen auf eine Großhandelsfirma 70 000 Einwohner, in den Zentralwojewodschaften vornehmlich durch die Zusammenbildung des Handels in Warschau — 120 000 Einwohner, in den galizischen Wojewodschaften 420 000 und in den Ostwojewodschaften beinahe eine Million Einwohner.

Firmennachrichten.

v Stargard (Starogard). Zwangsversteigerung des in Stargard, Markt 25, belegenen Grundbuchs Starogard, Blatt 77/78, Inh. Witwe Genesia Rogowska, eingetragenen Grundbuchs (Wohn- und Geschäftshaus, 2 Nebenhäuser, Ausspannung usw.), am 12. Februar 1937, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 14. Schätzungspreis 50 000 złoty.

v Thorn (Toruń). Zwangsversteigerung des in Thorn, fr. Gerberstraße 21 und fr. Schloßstraße 18/20, belegenen und im Grundbuch Thorn-Neustadt, Blatt 224, Inh. Radwana Biżuza, eingetragenen Geschäfts- und Wohnhauses, am 26. Februar 1937, 10 Uhr, im Bürgergericht Zimmer 28. Schätzungspreis 64 600,56 złoty.

Der „Kautschuk-Boom“.

Weltherrschaftsträume auf Rohstoffgrundlage ausgeträumt.

Es gibt drei Rohstoffe, die demjenigen, der über sie verfügt, die Weltherrschaft verleihen: Baumwolle, Erdöl und Kautschuk.

Die Baumwolle, „King Cotton“, war einst im Begriff, den Grundstein zu einem Imperium der Amerikaner zu legen. Inzwischen sind sie hier aber in die Minderheit gedrängt worden. Es sind so viel neue Produktionsstätten auf dem Erdball entwickelt worden, daß USA heute nur noch etwas 46 Prozent der Weltversorgung in der Hand hat. Das reicht nicht aus, um zu difterieren.

Die Vereinigten Staaten verfügen über noch heute über den Großteil der Erdölproduktion der Welt. Rockefeller, der in den Jahren seines Aufstiegs rücksichtlos im Lande selbst alle Konkurrenz vernichtet und alle Produktionsstätten, die Raffinerien und den Verteilungsapparat in seine Hand brachte, träumte davon, auf der Macht des Öl ein heimliches Weltkaisertum aufzubauen. Er ist nicht bis zur letzten Stufe der Macht gelangt. Die moderne Wirtschaft sich des Öls bediente, ja man kann heute sagen: Je mehr sie geradezu ölhungrig wurde, desto sieberhafter wurde überhaupt, wo nur die Möglichkeit vorlag, nach Öl gebrochen. Und in der neuesten Zeit kam für das wichtigste Ölprodukt, das Benzin, das als Motorentriebmittel so überragende Bedeutung gewann, die Erzeugung auf synthetischem Wege aus Kohle hinzu. Obwohl die Amerikaner in der Produktion von natürlichem Erdöl immer noch ein starkes Übergewicht haben, besteht keine Aussicht für sie mehr, diese Stellung monopolistisch auszunutzen. Die Welt braucht sich dem amerikanischen Öl nicht mehr zu brennen.

Die Herrschaft über den dritten Rohstoff, Kautschuk, liegt im wesentlichen in den Händen der Engländer,

die etwa 80 Prozent der Weltproduktion finanziell kontrollieren, obwohl ein erheblicher Teil der Erzeugungsstätten nicht auf englischem Territorium, sondern beispielweise in Holländisch-Indien liegt. Mit dem außerordentlichen Aufschwung der Verkehrs-motorisierung hat neben dem Öl auch der Kautschuk eine gewaltige Bedeutung gewonnen. Die Verfügung über ihn könnte eines Tages eine gefährliche Waffe gegen alle diesenigen werden, die an der Kautschukproduktion keinen Anteil haben. Aber auch die Bäume derer, die von einer Weltherrschaft auf der Grundlage des Kautschuks träumen, werden nicht in den Himmel machen. Deutschland ist auf dem besten Wege, durch den Erfindungsgeist seiner Chemiker auch seine Kautschukversorgung unabhängig von den ausländischen Produktionsstätten des natürlichen Kautschuks zu machen.

Noch ist es nicht so weit. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1936 mußte Deutschland noch 731 000 Dz. Rohkautschuk im Wert von 58,7 Millionen RM. einführen. Das sind 47 000 Dz. und 16,7 Millionen RM. mehr als in der gleichen Zeit des vorangegangenen Jahres. Deutschland ist deshalb vorläufig auch noch an den Vorrägen, die sich auf dem Weltkautschukmarkt vollziehen, sehr stark interessiert. In London, dem Weltmarkt für Kautschuk, sind die Preise um die Jahreswende auf über 11 d je lb gestiegen und haben dann eine Höhe erreicht, wie sie seit 1929 nicht mehr vorkam. Dieser „Kautschuk-Boom“ hat die Weltwirtschaft leicht beunruhigt, zumal es den Unschärfe hatte, als sollte der Preisanstieg unter der Einwirkung der Einfüllungen, die die letzte Höhe verurteilt, noch weiterreichen.

Um die Entwicklung zu begreifen, muß man sich

die Verhältnisse auf dem internationalen Kautschukmarkt in die Erinnerung zurückrufen. Die Krise hatte den Kautschukverbrauch in den Jahren nach 1929 erheblich sinken lassen. Vor allen Dingen war der katastrophale Rückgang der amerikanischen Autoverzehrung schuld daran. USA verbraucht mehr als die Hälfte der Weltkautschukproduktion. Am Juni 1932 erreichte der Kautschukpreis in London seinen Tiefstand mit 6½ d, eine Notierung, die weit unter den Produktionskosten lag. Die Kautschukproduzierenden Länder einigten sich damals auf eine gemeinsame Einschränkung der Produktion, deren Regulierung dem „Internationalen Rohgummiausschuß“ in die Hand gegeben wurde. Er festigte jeweils für ein Vierteljahr im voraus die Exportquoten, d. h. diejenigen Mengen der Normalerzeugung fest, die auf dem Markt gehabt werden dürfen. Im ersten Halbjahr 1936 betrug die Exportquote 60 Prozent, im zweiten Halbjahr 1936 65 Prozent, und sie ist dann Ende Dezember unter dem Eindruck der inzwischen eingetretenen starken Preiserhöhung von 75 Prozent für das erste Quartal 1937 und 80 Prozent für das zweite Quartal festgesetzt worden. Eine Spanne von 5 Prozent macht im Monat rund 8000 Dz. aus.

Im Augenblick ist es noch nicht sicher, ob die Lockerung der Restriktionspolitik, die sich in dieser Quotenfestsetzung ausdrückt, ausreichen wird, um dem weiteren Emporschwellen der Preise Einhalt zu tun. Gewiß hat das Jahr 1936 eine Steigerung des Kautschukverbrauchs gebracht, aber doch nicht in dem Maße, daß eine Preiserhöhung von 6½ d je lb, dem niedrigsten Stande des Jahres, auf über 11 d berechtigt wäre. Es ist ganz unverkenbar, daß die Spekulation die künftige Entwicklung der Verkehrs-motorisierung vorwegnehmen trachte, indem sie große Mengen Kautschuk terminmäßig band.

Nun gibt die derzeitige Versorgungslage des Weltkautschukmarktes aber keinen übermäßig großen Spielraum. Die Erzeugungsfähigkeit der produzierenden Pflanzungen und der 1937 neu ins Batafalter tretenden ist mit etwa 1,7 Millionen Dz. anzusehen, und auch diese Menge wird nur erreicht werden können, wenn neue Arbeitskräfte von den Kautschukplantagen herangezogen werden. Die Weltverräte betragen etwa 0,45 Millionen Dz. D. Der Weltverbrauch machte 1936 etwas mehr als eine Million Dz. aus und könnte 1937 bei einem gleichmäßigen Fortschreiten der Aufwärtsentwicklung auf etwa 1,1 Millionen Dz. steigen. Man wird also, selbst bei Zugrundelegung der 80prozentigen Exportquote höchstens mit einem Gleichgewicht von verfügbaren Produktion und Verbrauchsanforderungen sprechen können. Die Termingeschäfte verhindern das Verhältnis aber noch zu ungenügend der frei verfügbaren Mengen.

Der „Internationale Rohgummiausschuß“ ist von seinen britischen Mitgliedern bereits angefordert worden, die Ausführungen in Zukunft bereits auf 6 Monate im voraus zu erstellen, um so die Versorgung etwas elastischer zu gestalten. Das Verfahren der Quotenfestsetzung ist ohnedies etwas starre und hinkt der Entwicklung nach. Daß der derzeitige Preis, der auch nach kleinen, inzwischen eingetretenen Abschwächungen immer noch in der Nähe von 11 d liegt, zu hoch ist, ergibt sich aber schon aus der Tatsache, daß eine Notierung von 8 bis 9 d je lb auf dem Londoner Markt selbst für die teurer produzierenden Pflanzungen noch einen ausreichenden Verdienst lädt. Übrigens ist sich der „Internationale Rohgummiausschuß“ auch völlig klar darüber, daß er schon um der drohenden Konkurrenz des synthetischen Kautschuks willen dem Preisanstieg Einhalt tun muß.

Allgemeine Tendenz: stetig. Roggen, Weizen, Hafer, Roggen- und Weizenmehl stetig. Gerste stetig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	590 to	Futterkartoff.	— to	Hafer	— to
Weizen	280 to	Fabrikkartoff.	30 to	Reis	24 to
Braugerste	— to	Saatkartoffeln	— to	Sonnenblumen	— to
a) Einheitsgerste	370 to	Kartoffelflock.	— to	—	—
b) Winter-	to	blauer Mohn	— to	ferne	— to
c) Samme...	to	Senf	6 to	blaue Lupinen	9 to
Roggemehl	50 to	Gerstenfleie	— to	Rübien	— to
Weizenmehl	60 to	Seradella	9 to	Widen	36 to
Vittoriaerbien	28 to	Leinlamen	27 to	Gemenge	— to
Held-Erbien	16 to	Rapskuchen	5 to	Hafnianen	15 to
Folger-Erbien	27 to	Heu	80 to	Buchweizen	— to
Roggentorte	25 to	Trockenflocken	— to	Pferdebohnen	— to
Weizenfleie	10 to	Palmfettflockenm.	— to	Walzkeime	— to
			Geamtanbiet 2218 to.		
			Gelbfleischige Speiselkartoffeln über Notiz.		

Greteldepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Marenbörsen Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 4. bis 10. Januar 1937 wie folgt (für 100 kg in złoty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	26,19	21,31	26,10	17,08
Bromberg	25,82	22,05	24,95	16,57%
Boles.	25,97½	21,52½	24,85	16,65
Lublin	26,29½	20,45	—	15,88%
Rowno.	23,77	18,81	21,53	13,90
Wilna	24,50	20,31	—	16,41
Kattowitz	26,20	21,81	—	17,52
Krakau	25,44	20,41	—	16,82
Lemberg	24,44	20,19	25,12½	16,00
Auslandsmärkte:				
Berlin	44,94	37,10	—	15,04
Hamburg	—	22,44	—	—
Paris	34,18	27,72	30,01	25,74
Brüss.	—	—	—	—
Danzig	26,83	23,17½	—	18,37½
Wien	36,62½	26,43½	32,87½	26,25
Liverpool	31,04	—	—	21,17
London	—			